

Der Vollzugsdienst

SONDERAUSGABE BSBD NRW

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

BSBD NRW – 70 Jahre Einsatz für vollzugliche Innovation und beruflichen Fortschritt

Rede des neuen BSBD-Landesvorsitzenden
Ulrich Biermann zur Eröffnung des
22. Gewerkschaftstages des BSBD NRW

Seite 3

Gastredner loben die erfolgreiche und kontinuierliche Arbeit des BSBD NRW der vergangenen Jahre

In zahlreichen Grußworten und Redebeiträgen
werden die Problematiken im deutschen
Vollzugsalltag thematisiert

ab Seite 7



BSBD

Landesverband Nordrhein-Westfalen



Grafik: © ii-grapics/fotolia.com

www.bsbd.nrw



INHALT

7

Veranstaltungsort des
BSBD-Gewerkschaftstages:
PaderHalle zu Paderborn.



10

Ein vertrautes Trio: BSBD-Ehrenvorsitzender
Peter Brock (li.), Minister Peter Biesenbach (Mi.)
und der neue BSBD-Vorsitzende Ulrich Biermann.

24

Jutta Endrusch zog für das
laufende Jahr eine positive
Bilanz, mahnte aber auch
dringenden Handlungsbedarf
zur Steigerung der
Attraktivität und zur
Bewältigung der
gravierenden Nachwuchs-
probleme an.



- | | | |
|---|---|--|
| <p>1 Editorial
Ulrich Biermann</p> <p>2 Grußwort des
Ministerpräsidenten
Armin Laschet</p> <p>3 BSBD NRW – 70 Jahre Einsatz
für vollzugliche Innovation
und beruflichen Fortschritt</p> <p>7 Grußwort
von Michael Dreier,
Bürgermeister
der Stadt Paderborn</p> <p>8 Rede des Ministers
der Justiz des Landes
Nordrhein-Westfalen
Peter Biesenbach</p> | <p>15 Grußwort
von MdL Daniel Slevke
(CDU)</p> <p>16 Bildimpressionen
vom Gewerkschaftstag
des BSBD NRW</p> <p>19 Grußwort
von MdL Sven Wolf
(SPD)</p> <p>21 Grußwort
von MdL Marc Lürbke
(FDP)</p> | <p>22 Grußwort
von MdL Stefan Engstfeld
(Bündnis 90/Die Grünen)</p> <p>24 Grußwort
von Jutta Endrusch
2. Vorsitzende des DBB NRW
Beamtenbund und Tarifunion</p> <p>27 Grußwort
von René Müller
BSBD Bundesvorsitzender</p> <p>30 Schlusswort
von Ulrich Biermann
Vorsitzender des BSBD NRW</p> <p>31 Gewerkschaftstag
ernennt Peter Brock zum
Ehrenvorsitzenden</p> |
|---|---|--|

Editorial

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der 22. **BSBD**-Gewerkschaftstag liegt hinter uns. Die Delegierten aus den Vollzugseinrichtungen Nordrhein-Westfalens haben mich für die kommenden vier Jahre zum Vorsitzenden des **BSBD**-Landesverbandes gewählt. Für dieses Vertrauen bedanke ich mich ganz herzlich. Mit dieser Sonderausgabe unserer Fachzeitschrift beabsichtigen wir, eine Dokumentation der Festveranstaltung des Delegiertentages vorzulegen, damit jeder nachlesen kann, welche Vorstellungen die Landesregierung und die im Landtag vertretenen Parteien für den Vollzug und für die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten haben. Ich empfehle uns allen daher die intensive Lektüre dieser Ausgabe.

Die ehrenamtliche Gewerkschaftsarbeit, die sich in den zurückliegenden 70 Jahren so überaus bewährt hat, lebt nicht allein vom Engagement und vom Fortune des Vorsitzenden. Wir sind vielmehr alle aufgerufen, unsere spezifischen Fähigkeiten und fachlichen Kompetenzen für unsere eigenen Interessen zur Verfügung zu stellen, um unsere Einkommen sukzessive zu steigern und unsere Arbeitsbedingungen nachhaltig zu verbessern. Dafür muss nach meiner Auffassung noch ein weiteres hinzutreten: nämlich die Bündelung unserer Interessen und deren Vertretung gegenüber der Politik mit einer Stimme.

Der **BSBD**-Gewerkschaftstag hat **Peter Brock** auf meinen Vorschlag hin zum Ehrenvorsitzenden des Landesverbandes ernannt. Die Delegierten haben mit dieser Ehrung die herausragenden Leistungen des bisherigen Vorsitzenden gewürdigt. **Peter Brock** kann eine beeindruckende Bilanz gewerkschaftlicher Erfolge vorweisen. Zudem ist es ihm in den acht Jahren, in denen er den Vorsitz innehatte, gelungen, eine stark basisbezogene Gewerkschaftsarbeit zu praktizieren.

Diesen zukunftsweisenden Weg gedenke ich fortzuführen und möglichst noch auszuweiten. Berufsgruppenminderheiten, wie wir sie im Vollzug vorfinden, haben den Nachteil, in Großorganisationen mit ihren spezifischen Interessen leicht übersehen zu werden. Weil dies so ist, hat sich der **BSBD** gegründet, um unsere Interessen unmittelbar mit der Politik zu verhandeln. Damit sind wir in der Vergangenheit gut gefahren und diese Strategie wird auch die Erfolge der Zukunft liefern. Ein Vorteil besteht darin, dass man bei entsprechendem Engagement sehr schnell Wirkung erzielen kann. Und zu solchem gemeinsamen Engagement möchte alle Strafvollzugsbediensteten aufrufen.

Packen wir's gemeinsam an!

Mit kollegialen Grüßen

Euer
Ulrich Biermann



Ulrich Biermann.

Impressum

Verantwortlich im Sinne des Presserechtes:
BSBD-Landesverband Nordrhein-Westfalen
Geschäftsstelle: 40476 Düsseldorf, Ulmenstraße 23
Alle nicht bezeichneten Fotos: Sven Skultity
Redaktion: Friedhelm Sanker, Kirchlegern



Grußwort des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet,

zum Gewerkschaftstag des Bundes der Strafvollzugsbediensteten / Landesverband Nordrhein-Westfalen
vom 5. bis 6. September 2019 in Paderborn



Armin Laschet.

Unsere Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten in vielen Bereichen verändert. Dieser andauernde Wandel wirkt sich etwa auf die Art und Weise aus, wie wir zusammenleben, welche Chancen wir nutzen und mit welchen neuen Risiken wir umgehen müssen. Dabei hat das Thema der Inneren Sicherheit aus ganz unterschiedlichen Gründen weiter an Bedeutung zugenommen. Hier lauten die Stichworte Organisierte Kriminalität oder Clan-Kriminalität. Aber auch der Extremismus jeglicher Couleur oder neuartige Phänomene wie Cyberkriminalität fordern unsere Gesellschaft heraus. Diesen Gefahren für die innere Sicherheit trägt die Landesregierung Rechnung. Wie in allen gesellschaftlichen Bereichen muss es vor allem darum gehen, Kriminalität vorzubeugen. Doch wo dies nicht gelingt, wo Straftaten verübt werden, wo Menschen zu Schaden kommen, muss der Rechtsstaat konsequent durchgreifen.

Der Weg eines Straftäters führt in vielen Fällen in eine Justizvollzugsanstalt, wo er seine Strafe verbüßen muss. Hier dürfen wir nicht darüber hinwegsehen, dass die Situation der im Strafvollzug Beschäftigten in den vergangenen Jahren trotz mancher Fortschritte angespannt geblieben ist: Zu den bisherigen erheblichen Belastungen kommt die Notwendigkeit, etwa psychisch kranke Straftäter betreuen zu müssen oder angemessen auf die Bedürfnisse von Inhaftierten mit Migrationshintergrund einzugehen. Das erfordert zusätzliches Personal und ganz neue Fortbildungsangebote, bei denen nicht zuletzt Themen wie „Islam und Radikalisierung“

eine Rolle spielen – auch das eine Folge spürbarer Veränderungen in unserer Gesellschaft.

Es gibt also eine ganze Fülle an alten und neuen Herausforderungen für jene, die im Strafvollzugsdienst tätig sind und dabei Tag für Tag einen wertvollen Beitrag für unser aller Sicherheit leisten. Dafür danke ich Ihnen herzlich und mit großem Respekt. Mir ist bewusst, dass diesem Dank und der Anerkennung Ihres Einsatzes für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger Taten folgen müssen. So werben wir zur Entlastung der Bediensteten verstärkt um den Nachwuchs im Justizvollzugsdienst, bauen das Gesundheitsmanagement aus, nehmen den Abbau von Überstunden verstärkt in den Blick und arbeiten weiter daran,

etwa durch Baumaßnahmen einer Überbelegung in den Justizvollzugsanstalten vorzubeugen. Hinzu kommen zahlreiche Maßnahmen, um Gewalttaten gegen die Kolleginnen und Kollegen im Strafvollzugsdienst vorzubeugen.

In diesem Jahr kann der Bund der Strafvollzugsbediensteten sein 70-jähriges Bestehen feiern. Zu diesem schönen und wichtigen Jubiläum gratuliere ich herzlich und mit den besten Wünschen! Diesen Glückwunsch

verbinde ich mit einem herzlichen Dank für seine Begleitung auf unserem Weg, den Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen so attraktiv und so sicher wie möglich für die Beschäftigten zu gestalten. Dieser Weg wird noch viel Kraft, Geduld und auch Geld kosten. Ich bin überzeugt, dass sich jede Anstrengung lohnt, um diesem Ziel Stück für Stück näher zu kommen. Das sind wir Ihnen schuldig.

Ich wünsche Ihnen eine erfolgreiche Tagung und freue mich auf ihre Ergebnisse.



Blick auf einen Teil der Ehrengäste.

„BSBD NRW – 70 Jahre Einsatz für vollzugliche Innovation und beruflichen Fortschritt“

Rede des neuen BSBD-Vorsitzenden Ulrich Biermann zur Eröffnung der öffentlichen Veranstaltung des 22. Gewerkschaftstages des BSBD NRW am 5. September 2019.

Unter diesem Motto darf ich Sie alle, meine sehr verehrten Damen und Herren, namens des gesamten Vorstan-

des des BSBD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen zur öffentlichen Veranstaltung unseres Gewerkschaftstages 2019 hier in der PaderHalle zu Paderborn herzlich begrüßen.

Mein erster Willkommensgruß gilt dem ersten Bürger der Stadt Paderborn, **Herrn Bürgermeister Michael Dreier**. Verehrter Herr Bürgermeister Dreier,

die Strafvollzugsbediensteten unseres Landes freuen sich ganz besonders, ihren Gewerkschaftstag hier in Paderborn, in Ihrer Stadt, ausrichten zu können. Die *Gewerkschaft Strafvollzug* tagt nicht zum ersten Mal in Paderborn. Seit unserem letzten Aufenthalt sind allerdings bereits etliche Jahre vergangen. Ich heiße Sie zu unserer Veranstaltung recht herzlich willkommen.

Einen ganz besonderen Gruß entbiete ich dem Minister der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen, **Herrn MdL Peter Biesenbach** (CDU). Der Minister der Justiz ist zugleich der Hauptredner unserer öffentlichen Veranstaltung.

Verehrter Herr Minister, wir sind gespannt auf Ihren Vortrag und warten voller Ungeduld und Spannung auf das, was Sie uns zur künftigen Gestaltung des Vollzuges, zur Verbesserung der angespannten Personalsituation, zur Ausweitung der Haftplatzkontingente und zur Behebung der Mängel der Bausubstanz sagen können.

Mit großer Freude darf ich die Abgeordneten aus den Fraktionen des NRW-Landtages begrüßen. Für die CDU begrüße ich den Vorsitzenden des Innen- und Mitglied des Rechtsausschusses, **Herrn MdL Daniel Sieveke**, ganz herzlich.



Ulrich Biermann bei der Eröffnungsrede.



Für die SPD heiße ich den stellv. Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion und Mitglied im Rechtsausschuss, **Herrn MdL Sven Wolf**, herzlich willkommen. Herzlich willkommen heiße ich den stellv. Vorsitzenden der FDP-Landtagsfraktion, **Herrn MdL Marc Lürbke**. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vertritt deren Rechtspolitischer Sprecher, **Herr MdL Stefan Engstfeld**. Herr Engstfeld, seien Sie uns herzlich willkommen.

Ich darf ferner begrüßen die zweite Vorsitzende des **DBB Nordrhein Westfalen, Beamtenbund und Tarifunion, Frau Jutta Endrusch**, die in Vertretung des terminlich verhinderten ersten Vorsitzenden **Roland Staude** zu unserer heutigen Veranstaltung erschienen ist. Herzlich willkommen Frau Endrusch. Schön, dass Sie uns Einblicke in die Arbeit des DBB NRW eröffnen werden. Ich freue mich sehr, den eigens aus Hamburg angereisten Bundesvorsitzenden des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands, den Kollegen **René Müller** hier in Paderborn begrüßen zu können.

Ein genauso herzlicher Willkommensgruß geht an die weiteren Vertreter von Politik, Medien sowie den Honoratioren aus Kirche, Verwaltung und Wirtschaft. Nicht weniger herzlich begrüßen darf ich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Justizministeriums, die teilnehmenden Anstaltsleiterinnen und Anstaltsleiter sowie die Vertreter befreundeter Gewerkschaften sowie die Abordnungen des BSBD aus den Bundesländern.

Bitte haben Sie Verständnis dafür und sehen Sie es mir insoweit nach, dass ich mit Blick auf den zeitlichen Rahmen dieser Veranstaltung nicht alle Vertreterinnen und Vertreter persönlich begrüßen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

„**BSBD NRW** – 70 Jahre Einsatz für vollzugliche Innovation und beruflichen Fortschritt“ – dieses Motto haben wir mit Bedacht gewählt, weil es die Arbeit des **BSBD** und dessen zahlreiche Erfolge zutreffend umreißt. Ich darf Sie zu Beginn meiner Ausführungen mitnehmen auf eine kurze Zeitreise, zurück in die unmittelbare Nachkriegszeit.

Der BSBD war bereits unmittelbar nach seiner Gründung erfolgreich

In dieser Zeit begannen sich auch die Bediensteten des Vollzuges zu organisieren. Nach langwierigen und schwie-

rigen Verhandlungen mit den für die Wiederbegründung von Gewerkschaften und Berufsverbänden zuständigen Stellen der Besatzungsmächte wurde am 07. Dezember 1949 der Bund der Strafvollzugsbediensteten in Köln gegründet. 1958 erfolgte die Namensänderung in „*Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands*“ (**BSBD**). Durch die Gründung dieser Fachgewerkschaft und die Bündelung der Interessen der Beschäftigten stellten sich

von Dienstwohnungen vereinbart werden, was zur Zeit der Wohnungsraumbewirtschaftung eine wesentliche Verbesserung der Wohnsituation vieler Betroffener bewirkte.

Erlauben Sie mir zum Abschluss unserer kurzen Zeitreise, Sie auf einen noch heute wirksamen, grundlegenden gewerkschaftlichen Erfolg der damaligen Zeit aufmerksam zu machen. Parallel zu einer damals notwendigen neuen Ausbildungskonzeption, die auch



Minister Peter Biesenbach (li.) im Gespräch mit dem neu gewählten Vorsitzenden Ulrich Biermann.

rasch Erfolge ein. So konnten verbesserte Aufstiegsmöglichkeiten für die Strafvollzugsbediensteten durchgesetzt und Fortschritte im Besoldungsnebenrecht erzielt werden.

Dies betraf die Nachtdienstentschädigung, den Dienstkleidungszuschuss, die Gewährung einer TBC-Zulage für Sanitätsbedienstete, die Ausgestaltung der Trennungsentschädigung und die Vereinbarung einer neuen Arbeitszeit- und Dienststundenregelung. Daneben konnte der Ankauf und die Errichtung

die Veränderung der grundsätzlichen Stellung des Aufsichtsbeamten zum Inhalt hatte, wurde der Aufseherdienst 1958 aus der Laufbahngruppe des einfachen in die des mittleren Dienstes übergeleitet. Damit erhielt die im Vollzug geleistete Arbeit erstmals sichtbare gesellschaftliche Wertschätzung und Anerkennung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die damals in gewerkschaftlicher Verantwortung stehenden Kolleginnen und Kollegen konnten sicherlich

nicht die Zukunft voraussehen, aber sie haben unstreitig die Grundlagen dafür gelegt, dass unser heutiges gewerkschaftliches Handeln erfolgreich sein kann.

Ohne Steigerung der Attraktivität wird das Werben um Nachwuchskräfte nicht erfolgreich sein

Und so lassen Sie mich zurück zur Gegenwart kommen, nämlich zu jenen Themen, die die hier anwesenden Gewerkschafter vorrangig beschäftigen und bewegen. Das, was in den 1950er Jahren den Weg in eine gute Zukunft gewiesen hat, beschäftigt uns auch heute noch. Auch wenn seither viele Verbesserungen erreicht werden konnten, so fehlt immer noch eine an den Aufgaben, Leistungen und dem Maß der Verantwortung ausgerichtete Besoldungsstruktur für alle Laufbahnen des NRW-Strafvollzuges. Vor der Föderalismusreform konnte die Landesregierung auf die Zuständigkeit der Bundesregierung verweisen. Nach der Reform steht die Landesregierung jedoch in der Verantwortung, diese Aufgabe selbst einer Lösung zuzuführen. Angesichts der Schwierigkeiten, geeigneten Nachwuchs für den öffentlichen Dienst zu gewinnen, hat sich Ministerpräsident Armin Laschet für eine Attraktivitätsoffensive ausgesprochen. Die Bediensteten des Strafvollzuges warten sehnsüchtig darauf, dass diesen Worten auch konkrete Taten folgen. Sehr verehrter Herr Minister Biesenbach, die Bediensteten des NRW-

Strafvollzuges haben nach Jahren der Enthaltsamkeit mit dem Haushalt 2018 erstmalig wieder durch die Schaffung neuer Stellen profitieren können und das laufbahnübergreifend.

Wir werten es als bemerkenswert, dass Sie nach nur knapp einem halben Jahr im Amt auf die akuten Personalnöte des Vollzuges mit der Schaffung von 237 neuen Stellen reagiert haben. Sie meinen es scheinbar ernst mit ihrem Anliegen, den vom BSBD auf 1000 Stellen bezifferten Stellenfehlbestand im Strafvollzug während der laufenden Legislaturperiode ausgleichen zu wollen. Ich glaube, damit dürften Sie bei den Beschäftigten und der Bevölkerung Vertrauen zurückgewinnen können.

Das Stiefmütterchendasein des ehemaligen mittleren Verwaltungsdienstes muss endlich beendet werden

Bei aller Euphorie über die sich auch daraus ergebenden weiteren positiven Ansätze haben wir jedoch erneut zur Kenntnis nehmen müssen, dass für die Kolleginnen und Kollegen des Verwaltungsdienstes der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt, dem ehemaligen mittleren Verwaltungsdienst bei Justizvollzugsanstalten, ein Stellenzuwachs nicht zu verzeichnen war. Seit mehr als 20 Jahren ist gerade diese Laufbahn von Verbesserungen der Besoldungsstruktur förmlich abgekoppelt. Und dabei, sehr verehrter Herr Minister Biesenbach, nimmt gerade diese Berufsgruppe mit ihrer für den Justizvollzug

unseres Landes so wichtigen Spezialausbildung einen funktionsrelevanten Stellenwert ein.

Dies dringt umso deutlicher ins Bewusstsein, je intensiver man sich mit dem vorliegenden Bericht der in ihrem Ministerium eingerichteten Projektgruppe „Warnsysteme“ auseinandersetzt. Die Projektgruppe wurde aus Anlass der tragischen Ereignisse in der JVA Kleve gebildet und beschäftigt sich mit der Identitätsfeststellung von Gefangenen im nordrhein-westfälischen Justizvollzug.

Schaffen Sie, Herr Minister, endlich die seit geraumer Zeit von uns geforderte Sonderlaufbahn. Das würde den Angehörigen dieser Laufbahn nicht nur bessere berufliche Perspektiven eröffnen, sondern ihre Stellung als absolute Spezialisten auch angemessen anerkennen. Immerhin stellen die Laufbahnangehörigen ein unverzichtbares Bindeglied zwischen einem differenziert ausgestalteten Behandlungsvollzug und der vollzuglichen Administration dar und gewährleisten auf die Weise einen reibungslos funktionierenden Strafvollzug. Die Kolleginnen und Kollegen erwarten schnell ein Zeichen, dass die Politik ihre Probleme verstanden hat. Mit Blick auf meine zuvor gemachten Ausführungen ist es nicht recht verständlich, dass zwar im laufenden Haushalt eine angemessene Zahl von Einstellungsmöglichkeiten für diese Laufbahn vorgesehen wurde, jedoch lediglich 20 dieser Stellen landesweit für Einstellungen genutzt werden sollen. Als Begründung verweist Ihr Haus, Herr Minister, auf fehlende Ausbildungskapazitäten. Da müsste nach unserer Einschätzung bei etwas gutem Willen doch etwas mehr möglich sein?

Lehren aus den Vorkommnissen bei der JVA Kleve

Seit einigen Wochen liegt der Bericht der Expertenkommission „Justizvollzug NRW“ vor. Die Kommission unter Leitung des ehemaligen Leiters der Staatsanwaltschaft Köln, Herrn Leitenden Oberstaatsanwalt a.D. Heiko Manteuffel, wurde von Ihnen, Herr Minister, nach den Klever Vorkommnissen im Dezember 2018 eingerichtet. Um es hier gleich vorwegzunehmen, die Kommission ist u. a. zu dem Ergebnis gelangt, dass der Justizvollzug doch sehr gut aufgestellt ist. Als Vorsitzender der Gewerkschaft Strafvollzug haben mich die von den Experten entwickelten Empfehlungen und Optimierungsvorschläge mit einer gewissen Genugtuung erfüllt. Greifen sie die doch in wesentlichen Bereichen unsere bereits über



Brand in der JVA Kleve führte zu politischem Meinungsstreit.



Jahre hinweg deutlich formulierten Forderungen auf, wie beispielsweise der Ausrüstung aller Anstalten mit geeigneten Personennotrufanlagen, den Ausbau des digitalen BOS-Funknetzes oder auch die Ausbildung und den Einsatz von Brandschutzbeauftragten, um nur einige der insgesamt 53 Vorschläge herauszugreifen.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle aus dem Bericht der Kommission zu zitieren: „...die Gesellschaft kann nur das Maß an Sicherheit und Betreuung Schutzbedürftiger beanspruchen, zu dem sie auch bereit ist, es zu finanzieren“.

Beamtete und angestellte Pflegekräfte nicht gegeneinander ausspielen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Rahmen der Besoldungsgespräche hat man sich mit Blick auf die verbeamteten Pflegekräfte in den Justizvollzugseinrichtungen unseres Landes auf die Gewährung einer dynamisierten, nicht ruhegehaltsfähigen

ausgeklammert werden. Und das alles vor dem Hintergrund, dass kaum Ärzte für ein Engagement im Strafvollzug gewonnen werden können. Zu allem Überfluss, treffen uns in dieser misslichen Situation auch noch die Auswirkungen des Fixierungsgesetzes.

Ich erwähne dies wohlwissend, dass grundsätzliche Korrekturen hier nur in den kommenden Tarifverhandlungen erreicht werden können. Sie, verehrter Herr Minister, darf ich bitten, mit dafür zu sorgen, dass die Landesregierung ihren Einfluss auf die Tarifgemeinschaft deutscher Länder geltend macht, um dem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ auch in diesem Punkt durchzusetzen.

Die Negativinformation weckt regelmäßig das öffentliche Interesse am Vollzug

Vor einigen Tagen, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes durch mediale Berichterstattungen auf

Die darin zum Ausdruck gebrachte politische Sichtweise rief jedoch – und diese Anmerkung sei mir hier erlaubt – bei den Bediensteten des Justizvollzuges Erinnerungen an die politische Skandalisierung des Vorkommnisses in der JVA Kleve im September 2018 hervor. Ich möchte die heutige Veranstaltung nutzen, um gerade bei den Damen und Herren aus der Politik dafür zu werben, den Strafvollzug künftig aus dem politischen Meinungsstreit herauszuhalten. In verschiedenen Veröffentlichungen hat der BSBD die Art der parlamentarischen Aufarbeitung des Klever Vorkommnisses bemängelt. Er hat zudem kritisiert, dass die bislang geübte Praxis, den Strafvollzug nicht zum Gegenstand des politischen Meinungsstreites zu machen, offenbar aufgegeben wurde. Für den Vollzug, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist dies eine schwere Hypothek. Bei Straftätern Verhaltensänderungen zu bewirken, ist ein Prozess, der auf Kontinuität und verlässliche Rahmenbedingungen zwingend angewiesen ist. Diesen Prozess durch kurzatmige Eingriffe der Tagespolitik zu unterbrechen und zu stören, wird sich nach meiner Einschätzung als kontraproduktiv erweisen. Wir erzeugen in diesem Fall lediglich ein Klima der Absicherung, das einen unbefangenen und unvoreingenommenen Umgang mit der Klientel nachhaltig stört, wenn nicht gar unmöglich macht.

Nach unserer Beobachtung scheinen diese Überlegungen für die Politik allerdings keine Kategorie zu sein, die für ihren Meinungsstreit noch Bedeutung hat. Getrieben von dem Wunsch, den Minister der Justiz „zur Strecke zu bringen“, scheint offenbar vieles hoffähig zu werden, was bis vor kurzem noch als inakzeptabel galt.

Die Bediensteten des nordrhein-westfälischen Strafvollzuges erwarten nicht mehr, aber auch nicht weniger als Akzeptanz und Wertschätzung durch die Politik. Wir fordern keine Sonderbehandlung. Wir wollen lediglich so behandelt werden, wie die anderen Bereiche der Inneren Sicherheit auch. Hierzu zählt für uns, die Gestaltung eines wirksamen, effektiven Behandlungsvollzuges ebenso, wie eine am Aufgabenbestand ausgerichtete Personalausstattung und eine an der Schwierigkeit und dem Grad der Verantwortung orientierte Besoldung. In dieser Hinsicht vertrauen wir, meine Damen und Herren aus der Politik, auf Ihr Verständnis und Ihre Unterstützung.

Für Ihre Aufmerksamkeit bedanke ich mich recht herzlich.



BSBD-Chef Biermann fordert Gleichstellung der angestellten Pflegekräfte.

Zulage in Höhe von monatlich 120,00 Euro geeinigt.

Mit Blick auf die in diesem Bereich deutlich gewachsenen Anforderungen steht sicherlich unstrittig fest, dass diese Zulage angemessen ist. Bei aller Freude über die finanzielle Besserstellung unserer verbeamteten Kolleginnen und Kollegen ist es für den BSBD allerdings nicht hinnehmbar, dass die Tarifbeschäftigten in der Pflege von dieser Zulagenregelung nicht profitieren. Genau so ist es für uns nicht akzeptabel, dass tarifbeschäftigte Anstaltsärzte im Gegensatz zu allen anderen im Strafvollzug beschäftigten Berufsgruppen von der Gewährung der Strafvollzugszulage

ein „besonderes Vorkommnis“ im Justizvollzug aufmerksam gemacht worden. Ein 42-jähriger Serbe, der noch bis 2021 eine mehrjährige Freiheitsstrafe u. a. wegen gefährlicher Körperverletzung zu verbüßen hatte, konnte aus der Vollzugseinrichtung in Bochum durch überklettern der fünf Meter hohen Umwehrung samt Mauerkronensicherung fliehen.

Nur wenige Stunden nach Bekanntwerden dieses „besonderen Vorkommnisses“ hat man neben einer durchaus sachlichen Berichterstattung in verschiedenen Medien auch erste Bewertungen aus dem politischen Raum zur Kenntnis nehmen können.

Grußwort von Michael Dreier, Bürgermeister der Stadt Paderborn

Lieber Herr Biermann, ganz herzlichen Dank, dass ich zu Beginn sprechen darf. Wir haben gleich unsere Ratssitzung und bringen den Finanzhaushalt für das kommende Jahr ein und ich hoffe Sie haben dafür Verständnis, dass der Bürgermeister dann dort anwesend sein sollte.

Lieber Herr Biermann, ich möchte Ihnen ganz herzlich gratulieren als neuer Vorsitzender hier im Landesverband. Diesen Glückwunsch darf ich mit dem Dank verbinden an Herrn Peter Brock, der acht Jahre Landesvorsitzender gewesen ist. Ihnen auch ein Dankeschön für Ihre Arbeit. Ich glaube das kann man nicht hoch genug würdigen. Und Ihnen, lieber Herr Biermann, wünsche ich für Ihre Arbeit recht viel Erfolg und alles Gute.

Ich darf ebenfalls hier in Paderborn Herrn Müller ganz herzlich willkommen heißen als Bundesvorsitzenden des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands. Ich freue mich, dass Sie zu uns gekommen sind und Ihnen, lieber Herr Minister, ebenfalls ein herzliches Willkommen. Der Minister ist ein Stück weit ein Dauergast hier in Paderborn und das freut uns ganz besonders, lieber Peter.

Liebe Delegierte des Landesverbandes NRW des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands, liebe Abgesandte des Bundesverbandes, sehr geehrte Abgeordnete, ich darf Ihnen

gemeinsam die herzlichen Grüße der Stadt Paderborn, des Rates und der Verwaltung überbringen. Wir freuen uns sehr, dass Sie zu uns mit über 350 Personen in die PaderHalle gekommen sind und damit auch zum Ausdruck bringen, wie wichtig Ihnen Ihre Arbeit ist.

Wir haben in Paderborn, Gott sei Dank, mit positiven Ereignissen zu tun. Die Stadt entwickelt sich sehr positiv. Wir haben 153.000 Einwohner. Wir sind eine Universitätsstadt mit rund 22.000 Studierenden und wir haben mit 6 Prozent einen Tiefstand bei der Arbeitslosigkeit.

In Paderborn verfügen wir über 84.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Wir legen folglich aller größten Wert auf gute Rahmenbedingungen.

Die Arbeit, die Sie leisten, dafür möchte ich Ihnen ganz herzlich danken und Ihnen meine Hochachtung aussprechen, für alles was Sie tun. Ich denke, Sie nehmen eine ganz wichtige Funktion wahr. Ich möchte Ihnen natürlich auch gratulieren zum 70. Geburtstag Ihrer Organisation. 70 Jahre sind eine beachtliche Zeit, und Sie haben sich 70 Jahre lang für die Belange der Kolleginnen und Kollegen eingesetzt. Auch dafür ein herzliches Dankeschön! Und wenn man 70 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter organisiert, dann ist das ganz sicher eine positive Zahl für Sie. Ich weiß, Sie sind heute hier angekom-



Michael Dreier, Bürgermeister der Stadt Paderborn.

men und werden heute Abend Ihre festliche Veranstaltung haben. Ich würde mich aber sehr freuen, wenn Sie etwas Zeit finden könnten, sich unsere Stadt anzusehen. Vielleicht schaffen Sie es, einen Blick auf und in den renovierten Dom zu werfen. Auch das Pader-Quellgebiet ist neu gestaltet worden und wir investieren derzeit stark in die Infrastruktur der Stadt.

Und wir dürfen sagen, dass sich die Universität mit Blick auf die Informationsgesellschaft auf einem sehr positiven Weg befindet. Wir haben das Fraunhofer-Institut hier in Paderborn. Viele von Ihnen haben sicher schon einmal von dem Projekt „X-OWL“ gehört. Wir sind Modellkommune des Landes Nordrhein-Westfalen für die Digitalisierung. Das sind alles Zukunftsthemen, mit denen wir uns hier auseinandersetzen.

Wichtig sind natürlich auch die weichen Faktoren für eine Stadt. Wir haben das Libori-Fest, das über die Region hinauswirkt.

Wir haben ein neues Theater gebaut und wir sind, Gott sei Dank, wieder einmal in der 1. Liga gelandet. Das muss ich natürlich hier erwähnen. Wir haben damit insgesamt fünf Bundesligisten, die sportlich sehr aktiv sind. Also, ich darf sagen, wir sind eine sich positiv entwickelnde Stadt.

Ihnen allen wünsche ich eine sehr erfolgreiche Tagung hier in Paderborn, und ich wünsche Ihnen und Ihren Familien Glück, Gesundheit und Gottes Segen. Vielen herzlichen Dank!



Veranstaltungsort des BSBD-Gewerkschaftstages: PaderHalle zu Paderborn.



Rede des Ministers der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen Peter Biesenbach

aus Anlass des Gewerkschaftstags 2019 des
Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) – Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.
am 5. September 2019 in Paderborn

Sehr geehrter Herr Biermann,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Bund der Strafvollzugsbediensteten feiert in diesem Jahr sein 70-jähriges Bestehen. Das ist ein Grund voller Selbstvertrauen in die Zukunft zu blicken und mit Stolz auf das Erreichte in den vergangenen sieben Jahrzehnten zurückzublicken.

Der Landesverband des BSBD in Nordrhein-Westfalen hat außerdem seit heute einen neuen Vorsitzenden, dem ich herzlich zu seiner Wahl gratuliere, verbunden mit einem großen Dank an seinen Vorgänger, den scheidenden Vorsitzenden Peter Brock, der die letzten Jahre den BSBD und den Justizvollzug in Nordrhein-Westfalen entscheidend mitgeprägt hat und nun nach Erreichen der Altersgrenze seine Ruhestandsurkunde erhalten hat.

Aber lassen Sie mich der Reihe nach beginnen:

70 Jahre Bund der Strafvollzugsbediensteten

Der Bund der Strafvollzugsbediensteten ist in den letzten 70 Jahren zu einer festen Institution für die Bediensteten im Justizvollzug in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik Deutschland geworden.

Er hat sich in dieser Zeit nicht nur als Interessenvertreter seiner Mitglieder verstanden, sondern stets auch als offener, ehrlicher und verlässlicher Wegbegleiter des gesamten Strafvollzugs in Nordrhein-Westfalen.

Und so ist auch das Motto des Gewerkschaftstags 2019 aus meiner Sicht treffend gewählt: Denn vollzugliche Innovation und beruflicher Fortschritt sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Notwendige und sinnvolle Veränderungen im Justizvollzug erreichen wir nur gemeinsam. Der Justizvollzug braucht Innovationskraft und die kommt von den Bediensteten



Peter Biesenbach, Minister der Justiz des Landes NRW,
während seines Festvortrages.



in den Justizvollzugsanstalten vor Ort, die ein Gespür für neue Entwicklungen haben und die ihre Forderungen häufig über den BSBD artikulieren. Der moderne Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen ist daher nicht zuletzt auch ein Erfolg des BSBD, der mit in die Bilanz der vergangenen 70 Jahre gehört.

Nehmen wir beispielhaft die Herausforderungen für die Bediensteten durch ein sich stets veränderndes Gefangenenklientel – gerade in den letzten Jahren, auf die der BSBD zeitnah hingewiesen hat. Auch wenn sich im Justizvollzug vieles bewährt hat, hilft manchmal eben kein „Weiter so!“, sondern es braucht innovative Ideen, die der BSBD artikuliert, ganz im Sinne einer Verbesserung von Arbeitsbedingungen oder aber auch Neujustierungen im Justizvollzug.

Denn eine Weisheit ist im Strafvollzug unbestritten: Gute Arbeitsbedingungen wirken sich zum Wohl aller aus, zum Wohl der Bediensteten und der Gefangenen, sei es bei der Personalausstattung in den Justizvollzugsanstalten, dem Abbau von Belastungen bei den Mehrarbeitsstunden oder ganz allgemein in einem guten Anstaltsklima. Von einem qualifizierten und motivierten Personal profitiert der gesamte Justizvollzug und dies lässt uns den Behandlungsvollzug, der jeden Gefangenen auf dem Weg zu einem straffreien Leben unterstützen will, erst in die Tat umsetzen.

Dem BSBD ist es in den vergangenen Jahren immer gelungen, dort wo es notwendig war, die Stimme zu erheben, und wichtige Argumente für eine offene und faire Diskussion zu liefern. Er war und ist ein wichtiger Ansprechpartner für seine Mitglieder, wenn es



Blick in den Veranstaltungssaal.

um ihre Sorgen, Interessen und Nöte im Berufsalltag geht. Und besonders wichtig ist mir der Hinweis auf den Einsatz des BSBD für die Bediensteten in der Öffentlichkeit, wenn Pauschalvorwürfe oder Vorverurteilungen der Arbeit des Justizvollzugs auch pointiert zurückgewiesen werden.

Der BSBD hat es über all die Jahre verstanden, die wichtigen Themen anzusprechen und notfalls der Landesregierung, gleich welcher Couleur, in das Gewissen zu reden.

Die Interessen sind nicht immer deckungsgleich und nicht jede Forderung lässt sich umsetzen. Aber es wird stets offen und mit Anstand argumentiert und gestritten. Das braucht es, um den Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen voranzubringen. Und dafür möchte ich Ihnen an dieser Stelle auch einmal Danke sagen.

Das Thema des heutigen Gewerkschaftstags – vollzugliche Innovation und beruflicher Fortschritt – greife ich an dieser Stelle gern noch etwas tiefer auf und möchte ganz im Sinne dieses Mottos mit Ihnen einen Blick auf die aktuelle Situation im Justizvollzug und auf die uns bevorstehenden Herausforderungen werfen. Und dieser Blick auf

die aktuellen Herausforderungen beginnt mit einem Ausblick auf die Personalsituation im Justizvollzug:

Personalausstattung

Das Rückgrat des Justizvollzugs in Nordrhein-Westfalen sind seine engagierten und hoch motivierten Bediensteten. Sie garantieren einen reibungslosen Ablauf, sei es in puncto Sicherheit oder bei der Behandlung der Gefangenen. Mit ihrem Dienst in den Justizvollzugsanstalten setzen sie sich täglich für das Gemeinwohl ein und haben es dabei oft nicht leicht. Ihnen gebührt das höchste Maß an Wertschätzung, und dass wir es mit dieser Wertschätzung ernst meinen, sehen Sie an den aktuellen Fakten: Mit Stand von heute arbeiten im Justizvollzug in Nordrhein-Westfalen mehr als 9.000 Menschen – und das ist ein bedeutender Teil der gesamten Justiz in Nordrhein-Westfalen. Von den am 01.07.2019 verfügbaren Planstellen waren 8.537 besetzt, 270 mehr als noch zu Beginn des Jahres 2018.

Unmittelbar nach Amtsantritt der Landesregierung hat der Landtag mit dem Haushalt 2018 im Wege der Soforthilfe 237 neue Stellen im Justizvollzug geschaffen. Hinzu kommen 164 neue

Stellen, die der Haushalt 2019 vorsieht. Damit haben wir binnen zwei Jahren mehr als 400 neue Stellen geschaffen. Mit dieser Stellenausstattung stehen wir heute besser da denn je.

Diese personelle Verstärkung war wichtig und – lassen Sie es mich deutlich sagen – überfällig. Sie zeigt uns aber vor allem eins, die uneingeschränkte Wertschätzung der Landesregierung für den Justizvollzug in Nordrhein-Westfalen. Und das ist angesichts seiner Bedeutung für die Sicherheitsarchitektur in Nordrhein-Westfalen auch gut so.

Ausbildung und Maßnahmen zur Personalgewinnung

Trotz der wichtigen Verbesserungen im Personalbereich stehen uns große Herausforderungen bevor, die mit Stellen und Geld allein nicht zu bewältigen sind. Denn für jede freie Stelle bedarf es auch eines geeigneten Kopfes. Die schönsten Stellenzahlen nützen nichts, wenn wir sie nicht mit ausreichend qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern besetzen können. Dies gilt umso mehr, als gerade in den nächsten Jahren die Zahl der Altersabgänge im Allgemeinen Vollzugsdienst und Werkdienst deutlich ansteigen wird.



Um die freien Stellen besser besetzen zu können, stellen wir aktuell vorausschauend drei wichtige Weichen:

Erhöhung der Ausbildungskapazitäten

Angesichts der Prognosen an Altersabgängen haben wir keine weitere Zeit verstreichen lassen und einen zweiten Standort für die Justizvollzugsschule in Hamm eingerichtet, der bis zu 100 zusätzliche Ausbildungsplätze für den Allgemeinen Vollzugsdienst schaffen wird. Ab diesem Monat werden statt bisher 270 jetzt schon etwa 350 Anwärterinnen und Anwärter ihre Ausbildung absolvieren und demnächst dann bis zu 370. Das bedeutet einen Anstieg der Ausbildungskapazitäten um mehr als 30%.

Der neue Standort wurde als Berufskolleg errichtet und ist mit einigen Umbauarbeiten für die Zwecke der Justiz geeignet. Bereits in weniger als zwei Wochen, am 16. September, kann die Schule auch an diesem Standort mit der Ausbildung des AVD beginnen. Ab dem Jahr 2020 werden dann auch entsprechende Unterkunftsmöglichkeiten für alle Anwärterinnen und Anwärter zur Verfügung stehen.

Nachwuchswerbung

Der Knackpunkt – das wissen Sie alle – liegt jedoch bei der Gewinnung geeigneten Nachwuchses für unsere Anstalten. Auch wenn es zahlreiche Bewerberinnen und Bewerber auf die freien Stellen gibt, wird im Auswahlverfahren deutlich, dass nicht jede oder jeder auch für den Justizvollzug geeignet ist.

Während es einigen an den körperlichen Voraussetzungen fehlt, scheitern andere an den erforderlichen Rechtsschreibkenntnissen, haben falsche Erwartungen an die Arbeit hinter Gittern oder passen schlicht charakterlich nicht in den Vollzug. Wir suchen hoch qualifizierte Kräfte, die den Gefangenen drinnen Regeln für draußen vermitteln, und sie als Vorbilder und Menschen bei der Wiedereingliederung in die Gesellschaft unterstützen. Da wollen wir auch keine Abstriche machen.

Zwar stehen wir heute besser da als in den Jahren zuvor. Denn in diesem Jahr können erstmals etwa 350 Ausbildungsplätze besetzt werden. Zugleich ist auch die Zahl der Bediensteten im Justizvollzug binnen anderthalb Jahren substantiell um 270 angestiegen. Und das sind erste Erfolge.

Dennoch sind gerade im Allgemeinen Vollzugsdienst viele Planstellen und Stellen frei und die Pensionierungswel-

le kommt. Bei den Leitungen der Justizvollzugsanstalten hat sie uns übrigens schon im laufenden Jahr erreicht: In 2019 haben wir wegen Eintritts in den Ruhestand gleich mehrere neue Leiterinnen oder Leiter in unseren Justizvollzugsanstalten ernannt und noch zu ernennen.

Um den Einsatz des verfügbaren Personals vorausschauender planen zu können, haben wir im Ministerium der Justiz für einen Teil der Stellen einen Stellenpool eingerichtet, der vor allem die Möglichkeiten der Stellenbewirtschaftung spürbar verbessern soll. All dies zeigt uns, wir müssen vorbereitet

nicht immer leicht zu besetzen sind. Um die Justiz als attraktiven Arbeitgeber im aktuellen Wettbewerb um die aktuelle Bewerbergenerationen gut zu positionieren und noch besser in der Öffentlichkeit bekannt zu machen, haben wir im Januar 2019 eine landesweite Marketingkampagne unter dem Titel „Arbeiten bei der Justiz.NRW. Den Menschen im Sinn.“ gestartet.

In den kommenden Wochen und Monaten wird es jetzt darum gehen, die einzelnen Berufe in der Justiz – darunter auch die weniger bekannten Berufsgruppen – öffentlich bekannt zu machen und für eine Tätigkeit im Jus-



Ein vertrautes Trio: BSBD-Ehrenvorsitzender Peter Brock (li.), Minister Peter Biesenbach (Mi.) und der neue BSBD-Vorsitzende Ulrich Biermann.

sein und die Anstrengungen zur Gewinnung neuen Personals auf allen Ebenen noch ausweiten.

Ausbildungskampagne für den AVD und den Werkdienst

Die Gewinnung von Nachwuchskräften gehört deshalb zu den zentralen Zukunftsthemen der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen.

Die Justiz sieht sich genauso wie alle anderen öffentlichen Arbeitgeber und nicht zuletzt auch die Privatwirtschaft in einem harten Wettbewerb um die besten Köpfe. Landauf, landab herrscht Fachkräftemangel und deswegen ist es auch keine Besonderheit und auch kein Wunder, dass freie Stellen im Justizvollzug mit qualifiziertem Nachwuchs

tizvollzug stärker als bisher zu werben. Dafür haben wir gemeinsam mit einer Agentur eine Kampagne für den Allgemeinen Vollzugsdienst entwickelt. Der Kampagnenstart für den Allgemeinen Vollzugsdienst steht unmittelbar bevor und wird unsere Bemühungen zur Gewinnung geeigneten Personals deutlich verstärken.

Die Kampagne wird vor allem Online und in sozialen Medien präsent sein. Die Botschaft: Arbeiten im Justizvollzug. Echter wird's nicht. Denn das ist ein Job wie kein anderer.

Zentrale Beratungsstelle für den Justizvollzug

Um das Thema Nachwuchsgewinnung dauerhaft auf ein solides Fundament

zu stellen, wollen wir das Interesse am Justizvollzug aber nicht nur kurzzeitig entfachen, sondern eine nachhaltige Veränderung und Verbesserung unserer Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung erreichen.

Deswegen haben wir die Zentrale Beratungsstelle Nachwuchsgewinnung für den Justizvollzug bei der Justizvollzugsschule in Wuppertal eingerichtet, die Ansprechpartner für Interessenten sein soll und die Anstalten mit ihrem Know-how bei der Gewinnung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützen wird. Sie wird die Beteiligung des Justizvollzugs an Ausbildungs- und

darfsberechnung ausdrücklich vor. Der Personaleinsatz und die Stellenberechnung in den Justizvollzugsanstalten braucht eine sichere Grundlage. Dienstposten können über die Jahre neue Funktionen erhalten oder alte Zuweisungen können hinterfragt werden. In jedem Fall ist es sinnvoll, über Anstaltsgrenzen hinweg, einen einheitlichen Berechnungsmaßstab anzulegen, ohne jedoch die anstaltsspezifischen Besonderheiten – und die gibt es – aus dem Blick zu verlieren. Im Unterschied zum bisherigen Weg der Stellenverteilung, der im Wesentlichen Dienstposten in verschiedenen Anstaltsbereichen be-

jekt, das über die Dauer der Legislaturperiode hinaus im Justizvollzug Früchte tragen soll, aber seriös betrieben gewiss mehrere Entwicklungsjahre in Anspruch nehmen wird. Besonders gelegen ist uns daran, in den Prozess die Bediensteten und die Personalvertretungen von Anfang an einzubinden. Kommen wir zu einem Punkt, der Ihnen und mir ebenfalls wichtig ist: Die allgemeinen Arbeitsbedingungen im Justizvollzug.

Baulicher Zustand der Haftanstalten

Ein Dauerbrenner ist der Zustand unserer Anstalten. Viele der heute Anwesenden wissen das weit besser als ich. Dem Alter oder der Bausubstanz geschuldet muss eine Vielzahl von Justizvollzugsanstalten saniert oder neu gebaut werden. Das bekommt ein Großteil der Bediensteten auch bei seinen Arbeitsbedingungen zu spüren. Zu nennen ist beispielsweise der Umbau oder die vollständige Sanierung einer Justizvollzugsanstalt im laufenden Betrieb. Eine Herausforderung für alle Beteiligten, die sich keiner wünscht, aber leider unumgänglich sein kann!

Der Neubau von vier Justizvollzugsanstalten ist seit Jahren beschlossen, bei weitem aber kein leichtes Unterfangen. Gleichwohl gibt es auch hier eine gewisse Bewegung: Ein neuer Standort für die Justizvollzugsanstalt Münster ist gefunden und ein positiver Bauvorbescheid ist bereits erteilt worden. Für die Justizvollzugsanstalt Iserlohn ist das offizielle Planungsverfahren eingeleitet und in der Justizvollzugsanstalt Willich I ist mit dem Bau der Interimpforte und Interimsmauer begonnen worden. Außerdem ist die vollständige Grundsanierung der Justizvollzugsanstalt Wuppertal-Vohwinkel angelaufen. Daneben wird es in den Justizvollzugsanstalten Bielefeld-Brackwede und Geldern Erweiterungsbauten geben, die die Schließung von Kapazitäten der Justizvollzugsanstalt Münster abfedern sollen. In Rheinbach wird noch in Kürze der C-Flügel wieder an den Justizvollzug übergeben und die Sozialtherapeutische Anstalt im nächsten Jahr ihren Betrieb in Bochum aufnehmen. In den vergangenen Jahren sind außerdem in der Justizvollzugsanstalt Siegburg drei Haftflügel des aus preußischer Zeit stammenden Kreuzbaus saniert worden.

Dennoch bleiben der Bau neuer Justizvollzugsanstalten und die Sanierung von Altanstalten eine schwierige Aufgabe. Die meisten von Ihnen wissen, dass es mir damit nicht schnell genug geht,



Der stv. Bundes- und Landesvorsitzende des BSBG Horst Butschinek begrüßt Justizminister Peter Biesenbach bei dessen Eintreffen vor der Veranstaltungshalle.

Berufsmessen intensivieren und den Justizvollzug in seinem Gesamtaufreten professionalisieren.

Auch hier gibt es Fortschritte. Ein guter Teil der für die Beratungsstelle vorhandenen Stellen ist besetzt, so dass sie jetzt mit vollem Elan ihre Arbeit aufnehmen kann.

Effektiver Personaleinsatz

Für den Bereich des Personals hat sich die Landesregierung ein weiteres wichtiges, seit Jahren auch von Ihnen gefordertes Vorhaben auf die Fahnen geschrieben. Das vorhandene Personal soll so effektiv wie möglich die Aufgaben des Justizvollzugs erfüllen. Und deshalb sieht der Koalitionsvertrag die Durchführung einer Personalbe-

rücksichtigt, sollen für eine Bedarfsberechnung zunächst die Aufgaben, das heißt, die einzelnen Arbeitsprozesse des Allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes untersucht werden. Projektteams sollen die anfallenden Arbeitsprozesse der einzelnen Anstaltsbereiche, durchschnittliche Bearbeitungszeiten und die jeweiligen Berechnungseinheiten ermitteln. Mit einem Pilot-Projektteam für den Bereich der Kammer haben wir bereits begonnen, mit ersten Ergebnissen der Pilotierung ist voraussichtlich schon Anfang kommenden Jahres zu rechnen.

Unterm Strich handelt es sich um ein für den Justizvollzug grundlegendes – ich würde sogar sagen wegweisendes und sicherlich herausforderndes – Pro-



und ich werde alles dafür tun, dringend notwendige Bauvorhaben im Vollzug zügiger voranzubringen.

Arbeitsklima und Belegungsdruck durch fehlende Haftraumkapazitäten

Wenn auch von einer grundsätzlichen Überbelegung in den Justizvollzugsanstalten unseres Landes nicht gesprochen werden kann, so ist doch die Situation im geschlossenen Erwachsenenvollzug, vor allem im Frauenvollzug, nach wie vor angespannt.

Auch wenn wir mit Hochdruck an der Schaffung von neuen und modernen Haftplatzkapazitäten arbeiten, werden wir über Jahre hinweg mit einer starken Auslastung im Erwachsenenvollzug rechnen müssen. Die hohe Belegungsdichte macht die Behandlung nicht einfacher und hat auch auf das Anstaltsklima seine Wirkung, insbesondere wegen des seit einigen Jahren größer werdenden Anteils schwieriger Gefangener.

Auch beim Arbeitsklima gibt es viele Themen, an denen wir dranbleiben müssen. Um nur einige zu nennen: Abbau von Mehrarbeitsstunden, Bedingungen des Schichtdienstes und der Dienstplanung, Führungsverhalten und das Abfangen emotionaler Belastungen im Dienst.

Jeder, der im Justizvollzug arbeitet, soll und muss sich bei seiner Arbeit körperlich und psychisch wohl fühlen. Bei diesem Ziel werden wir in den kommenden Jahren im Gespräch bleiben und gerade hier setze ich auch auf Ihre Innovationskraft und Mitwirkungsbereitschaft.

Aktuelle Herausforderungen an den Justizvollzug

Der Justizvollzug wird nicht nur aufgrund der bereits genannten Herausforderungen ein Schwerpunkt meiner Arbeit sein. Ab diesem Herbst werden wir auch verstärkt die Ausrichtung unseres Justizvollzugs und damit meine ich Themen aus der Vollzugspraxis konsequent angehen. Denn der Justizvollzug braucht trotz aller Verbesserungen hin und wieder in bestimmten Bereichen Erneuerung und daran arbeiten wir:

Expertenkommission

Im vergangenen Jahr habe ich nach dem tragischen Tod eines jungen Syrrers, der zu Unrecht inhaftiert war, eine Kommission mit hochrangigen Experten eingesetzt und ihr den Auftrag erteilt, auf den Gebieten des Brand-schutzes, der Haftraumkommunikation und der Erkennung von psychischen Erkrankungen im Justizvollzug nach

Optimierungsbedarf zu suchen. Den Arbeitsauftrag hat die Kommission um ihren Vorsitzenden Heiko Manteuffel mit Leidenschaft angenommen und dabei besonders betont, was mir an dieser Stelle ebenfalls noch einmal wichtig ist: In unseren Anstalten arbeiten sehr engagierte und motivierte Mitarbeiter, die sich zum Teil unter Einsatz von Leib und Leben für die Gefangenen einsetzen.

Die Expertenkommission hat daher Wert darauf gelegt, dass sie mit ihren Empfehlungen zur Verbesserung des Justizvollzugs die Sicherheit der Gefangenen und Justizvollzugsbediensteten gleichermaßen im Blick hat.

Die Empfehlungen werden eine wichtige Hilfe sein, um den Justizvollzug in Nordrhein-Westfalen zu optimieren. Sie stellen die Diskussion um einen Verbesserungsbedarf auf eine sachliche und fundierte Grundlage.

Im Interesse des Justizvollzugs in Nordrhein-Westfalen müssen wir genau prüfen, wie und in welchem Umfang wir die Ergebnisse der Expertenkommission umsetzen können und müssen. Es ist einfach, eine Eins-zu-eins-Umsetzung der Vorschläge zu fordern.

Doch die finanziellen Auswirkungen der Vorschläge sind erheblich und deshalb gebieten es Seriosität und Verant-

wortungsbewusstsein, Maßnahmen zu priorisieren und auch alternative Lösungsansätze nicht aus den Augen zu verlieren.

Bei der uns bevorstehenden Aufgabe bitte ich alle Beteiligten, denen der Justizvollzug in Nordrhein-Westfalen am Herzen liegt, um ihre aufrichtige Mithilfe und eine konstruktive Diskussion. Den Fraktionen im Landtag habe ich deshalb eine gemeinsame Koordinierungsrunde mit dem Ministerium angeboten, in dem ein regelmäßiger Informationsaustausch und ein Fahrplan zur Umsetzung von Vorschlägen der Expertenkommission erarbeitet werden kann.

Evaluierung des Behandlungsvollzugs

Um den Justizvollzug in Nordrhein-Westfalen zu optimieren, werden wir uns nicht auf das Programm der Expertenkommission beschränken. Schon lange liegt mir ein weiteres Projekt am Herzen und ich habe nie verstanden, warum es in all den Jahren, in denen der Justizvollzug in die Zuständigkeit der Länder fällt, keiner meiner Vorgänger näher in Angriff genommen hat: Die Evaluierung unserer Behandlungsmaßnahmen. Im Vollzug der Freiheitsstrafe



Minister Peter Biesenbach im Interview mit dem WDR.



Der Minister äußerte sich konkret zu den aktuellen Fragen des Vollzuges und den Zuhörern wurde deutlich, dass der Vollzug noch große Herausforderungen zu bestehen haben wird.

sollen die Gefangenen befähigt werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen. Dieses Vollzugsziel schreibt uns das Gesetz vor.

Es verpflichtet uns auch, geeignete Behandlungsmaßnahmen zur Erreichung dieses Zieles vorzuhalten und nennt dafür sogar Beispiele, wie Maßnahmen zum Erwerb sozialer Kompetenzen, therapeutische Angebote, schulische und berufliche Fördermaßnahmen, Motivations- und Beratungsangebote für Suchtkranke und Schuldnerberatung.

Doch was heißt das konkret? Welche JVA bietet welche „Behandlungsmaßnahmen“ mit welchem speziellen Ziel für welche Gefangenen an? Wie unterscheiden sich die Maßnahmenangebote? Inwieweit werden deren Ziele im Verlauf der Strafverbüßung erreicht? Und wie wirken sich erfolgreiche Beendigungen der Maßnahmen im Vollzug auf die spätere Legalbewährung nach der Entlassung aus?

Für eine rationale Steuerung des Maßnahmenangebots in den Vollzugsanstalten müssen wir wissen, welche Maßnahmen einen mehr oder weniger großen Beitrag zur Reduzierung der Rückfallquoten leisten. Es ist nicht hinnehmbar, dass es dazu viel zu wenig

gesicherte Erkenntnisse gibt. Deshalb hat unser Kriminologischer Dienst ein Forschungsprojekt aufgelegt, das den Namen EVALiS – Evaluation im Strafvollzug – trägt.

EVALiS sieht eine flächendeckende Bestandsaufnahme aller Behandlungsmaßnahmen im Strafvollzug des Landes Nordrhein-Westfalen vor, die nach ihrem eigenen Anspruch die Eingliederungschancen verbessern bzw. Rückfallrisiken senken sollen.

Diese Bestandsaufnahme soll regelmäßig aktualisiert werden.

Auf der Basis dieser Bestandsaufnahme sollen alle erfassten Maßnahmen anhand ausgewählter Strukturmerkmale beschrieben und verglichen werden. Dies dient der Qualitätssicherung, soll aber auch ggf. nötige Priorisierungen ermöglichen. Und es soll die im Vollzug messbare Effektivität der Maßnahmen geprüft werden.

Im Anschluss sollen die rückfallsenkenden Wirkungen der unterschiedlichen und mehr oder weniger erfolgreich durchgeführten Maßnahmen analysiert werden. Das ist ein für Deutschland in seiner analytischen Tiefe wegweisendes und für den Justizvollzug revolutionäres Projekt.

Die Effekte auf die Rückfallquote werden wir allerdings frühestens drei Jahre

nach der Entlassung feststellen können. Insofern haben wir uns ein langfristiges Mammutprogramm vorgenommen.

Stärkung der beruflichen Bildung

Schon im Oktober 2018 haben wir entschieden, die Bildungsmaßnahmen in den Justizvollzugsanstalten wieder stärker mit eigenem Personal durchzuführen und so eine Kontinuität und gleichbleibende Qualität bei der beruflichen Bildung sicher zu stellen. Mit Pilotprojekten haben wir in Geldern und Heinsberg begonnen, die sehr vielversprechend verlaufen. Gegen Ende des kommenden Jahres sollen in weiteren Anstalten die Bildungsmaßnahmen auf die eigene Federführung umgestellt werden.

Durch die Maßnahmen wollen wir eine Stärkung der beruflichen Bildung erreichen und den Gefangenen auf diesem Weg bessere Chancen für einen Neustart ermöglichen.

All diese Maßnahmen möchte ich mit Ihnen zusammen umsetzen und den Justizvollzug in Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit Ihnen für die kommenden Jahre gut aufstellen.

Ganz im Geiste des Mottos dieses Gewerkschaftstags bleibt auch in den kommenden Jahren vollzugliche Innovation und beruflicher Fortschritt gefragt.

Würdigung des ehemaligen Vorsitzenden des BSBD Peter Brock und seines Nachfolgers

Lassen Sie mich zum Schluss meiner Rede jetzt noch ein paar persönliche Worte zum Abschied an Peter Brock als ehemaligen Landesvorsitzenden des BSBD richten:

Lieber Peter Brock,

die Jahre, in denen Sie den Bund der Strafvollzugsbediensteten als Vorsitzender vertreten haben, werden uns allen noch eine gute Zeit im Gedächtnis bleiben. Sie waren mir, meinem Vorgänger und vielen anderen im Justizvollzug ein guter, zuweilen auch kritischer Ratgeber. Unser Umgang war stets fair und von großem persönlichem Respekt geprägt.

Immer das Ziel vor Augen, das bestmögliche Ergebnis für die Bediensteten zu erreichen und den Vollzug als Institution konstruktiv zu gestalten, haben Sie gemeinsam mit Ihren Mitstreitern Ihre Stimme erhoben.

Sie haben sich – wo es nötig war – immer hinter Ihre Bediensteten gestellt und das tat vielen gut. Dafür möchte ich Ihnen sehr, sehr herzlich danken und mit mir sicher alle heute hier An-



wesenden in diesem Saal in Paderborn. Für Ihre persönliche Zukunft wünsche ich Ihnen alles Gute und hoffe, dass Sie auch im Ruhestand das ein oder andere Mal noch Ihre Stimme für den Strafvollzug in NRW erheben werden.

Ich bin mir sicher, dass wir die konstruktive Zusammenarbeit mit dem BSBD weiter fortsetzen werden. Das würde ich uns wünschen und biete Ihnen, sehr geehrter Herr Biermann, immer mein offenes Ohr an.

Machen Sie davon bitte reichlich Gebrauch, im Interesse aller Beteiligten im Justizvollzug und ganz im Sinne von Innovation und beruflichem Fortschritt im Vollzug. Ich wünsche Ihnen einen guten Start und eine glückliche Hand für Ihre Aufgabe und gratuliere noch einmal herzlich.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie uns in diesem Sinne gemeinsam den Justizvollzug in die Zukunft führen. Der Vollzug braucht ein klares Bekenntnis aller Beteiligten zu seiner Aufgabe und die erforderliche Unterstützung auf allen Ebenen. Er darf nicht zum Spielball unterschiedlicher



Minister Peter Biesenbach wünschte Peter Brock alles Gute für den Ruhestand.

Interessen werden. Er ist und bleibt ein zentraler Baustein unserer Sicherheitsarchitektur in Nordrhein-Westfalen und deren Ausbau ist unser aller Ziel. Das kann ich Ihnen für die Landesregierung

in Nordrhein-Westfalen versichern. In diesem Sinne wünsche ich dem BSBD auch für die nächsten 70 Jahre viel Schaffens- und Innovationskraft und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!



BSBD-Fahnen vor einer bedrohlich wirkenden Wetterfront.

Grußwort von MdL Daniel Siveke (CDU)

Vorsitzender des Innenausschusses und Mitglied des Rechtsausschusses
sowie stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

Herr Biermann, meine sehr geehrten Damen und Herren,

das ist immer so ein Problem, wenn man nach dem Festredner an der Reihe ist. Ich darf zunächst aber auch Herrn Müller herzlich grüßen für die weite Anreise in die Bundesligastadt Paderborn. Heute steht es eins zu eins: Sie sind nach Paderborn gekommen und meine Frau ist soeben auf dem Weg nach Hamburg.

Ich darf sie alle auch in meinem Wahlkreis begrüßen. Für mich war deshalb erstmals die Anreise zu einer Veranstaltung nicht sehr lang. Üblicherweise bewege ich mich zwischen Paderborn und Düsseldorf. Wer diese Strecke und die Verkehrssituation kennt, der kann nachvollziehen, wovon ich spreche.

Herr Brock, Herr Biermann, es ist ja manchmal so bei Geburtstagen und Jubiläen sowie bei Gewerkschaftstagen und Delegiertenversammlungen von Parteien, dass die Jubelarien auf zu Ehrende so hochgeschraubt werden, dass unwillkürlich die Frage auftaucht, wie es um den Wahrheitsgehalt dieser Aussagen bestellt ist?

Unser Meinungsstreit ist immer fair und konstruktiv

Ich kann Ihnen beiden nur, und ich schließe ausdrücklich Sie beide ein, für die fruchtbaren Gespräche danken, die wir so zahlreich in Düsseldorf geführt haben. Ich glaube, das ist auch für Sie als Delegierte wichtig zu wissen, dass Ihre Vertreter Gespräche in Düsseldorf führen, diese ernsthaft führen, und zwar fachlich fundiert, in der Sache fair und nachhaltig.

So kann man mit Ihnen in den Gesprächen Ideen entwickeln, die nicht immer leicht vermittelbar sind. Sie sind der „schnellen Meldung“, die Politiker so sehr mögen, nicht immer zugänglich. Sie können meist nicht prägnant auf Twitter oder Facebook veröffentlicht werden. Unsere Gespräche hoben sich wohlthuend hiervon ab. Mit Ihnen war es möglich, Handlungs- und Gestaltungsalternativen zu erörtern, die sich ausschließlich an der Sache orientierten.

Ihr heutiger Gewerkschaftstag hat Forderungen gestellt, doch ebenso hat der Minister Forderungen an uns Abgeordnete gerichtet. Mit Ihnen kann man Themen vorantreiben und weiterentwickeln. Gleichzeitig bietet ein Gewerkschaftstag die Möglichkeit, partei-

übergreifend zu diskutieren und den menschlichen Meinungsaustausch zu führen. Das ist letztlich ganz wichtig für die Arbeit in Düsseldorf, weil viel möglich wird, wenn man sich einschätzen und vertrauen kann.

Der BSBD kann auf eine beeindruckende Erfolgsgeschichte zurückblicken

Deshalb bin ich Ihnen, Herr Biermann, dankbar, dass Sie eine neue Funktion übernommen haben. Dankbar bin ich aber auch für das 70-jährige Wirken des

um den Namen Lügde rankt. Für viele liest sich heute ein Urteil wie ein abgeschlossenes Kapitel. Für die Opfer und die Angehörigen trifft das nicht zu und für uns Politiker hoffentlich auch nicht, denn es gibt noch einiges zu tun.

Für Ihre Kolleginnen und Kollegen von Ihnen beginnt jetzt erst die Arbeit mit diesen Tätern. Es kommt jetzt nämlich der Strafantritt. Auch das wird von vielen als Selbstverständlichkeit erachtet. Der Minister hat eben viele Bereiche angesprochen, ob es nun um Flucht, um Gewalttätigkeit, um Migrationshinter-



Daniel Siveke, Vorsitzender des Innenausschusses und Mitglied des Rechtsausschusses, überbrachte in seiner Eigenschaft als stv. Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion die Grüße seiner Partei.

BSBD und ganz besonders danke ich Ihnen allen für das, was Sie tagtäglich für uns alle, für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, in den Vollzugseinsparungen leisten.

Dieser Dank ist umso wichtiger, als es immer wieder Sendungen im deutschen Fernsehen gibt, die einen Teil Ihrer Tätigkeit beschreiben wollen, es aber nicht tun. Vielfach werden Ihre beruflichen Leistungen auch als selbstverständlich angesehen, so dass über sie nicht berichtet wird.

Gegenwärtig beschäftigt die Innen- und Rechtspolitik ein Ereignis, das sich

gründe, schwierige Familienverhältnisse oder Ähnliches geht. Aber auch, um ein aktuelles Thema aufzugreifen, wie lässt sich der Vollzug familienfreundlich gestalten für die Gefangenen, aber auch für die Beschäftigten des Vollzuges.

Der Vollzug soll Verhaltensänderung bewirken

Alles dies sind Herausforderungen, die von vielen nicht gesehen werden, oder in der veröffentlichten Meinung viel-

Fortsetzung auf Seite 18





**Impressionen
vom
Gewerkschaftstag
des BSBD
Nordrhein-
Westfalen**



Fortsetzung von Seite 15

fach als „Kuschelvollzug“ desavouiert werden. Vollzug soll wirksam, aber auch als Sanktion spürbar sein. Dies hat vielleicht auch etwas mit der Verrohung unserer Sprache zu tun, deren Ursachen wir allzu schnell in die extremen Bereiche abdrängen. Verrohung der Sprache, Herr Biermann, Sie haben es eben angesprochen, kommt auch bei uns vor, beim politischen Miteinander. Den politischen Meinungsstreit, den führen wir im Rechtsausschuss, mal qualitativ, mal quantitativ, mal wertvoll, mal nicht so wertvoll. Ich hoffe, dass wir dazu kommen, so wie es Herr Sanker in Ihrer Fachzeitschrift immer wieder zutreffend beschreibt, dass man Fehlentwicklungen sehr wohl auch ansprechen kann, dann in der Sache aber fair bleibt.

Wir müssen bedenken, welche Herausforderungen Sie zu meistern haben. Und dass es am Ende des Tages auch guter Brauch ist, sich bei den Kollegen zu entschuldigen, wenn eine zu schnelle politische Meinungsmache nicht der Realität entsprochen hat.

Stellen allein helfen noch nicht, sie müssen besetzt sein

Herr Biermann, Sie haben eben die Stellensituation angesprochen, und Sie haben gesehen, dass der Minister mich auch angesprochen hat. Manchmal ist es so, da liegt der Teufel eben im Detail und das hat nicht nur mit dem politischen Gegner zu tun, sondern hin und wieder auch mit der eigenen Fraktion. Sie wissen, ich bin nicht nur Rechtspolitiker, sondern auch im Innenausschuss tätig.



Daniel Siveke hob mit seinem Grußwort die sachliche, überaus konstruktive und fachlich fundierte Zusammenarbeit mit dem BSBD hervor.

Dies trifft auf den ein oder anderen Kollegen ebenso zu. Als Innenpolitiker hat man oftmals einen anderen Blick auf die Dinge. So bin ich beim „Schwarzfahren“ mit dem Minister nicht immer einer Meinung. Deshalb können Sie davon ausgehen, dass wir mit den Gewerkschaften manchmal schneller einig sind als mit der eigenen Fraktion. Aber, und das macht Sie aus,

wenn man sich über Ihre Forderungen und Notwendigkeiten auseinandersetzt, dann merkt man sehr schnell die Ernsthaftigkeit, auch das politische Gegenüber zu akzeptieren, selbst wenn das Anliegen nicht immer eins zu eins umgesetzt werden kann.

Das macht die Qualität aus, die Qualität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Sie vertreten. Stellen im Stellenplan sind nicht gleich besetzte Stellen. Schließlich wollen Sie nicht jeden, Sie wollen die Guten. Und deshalb kann ich nur bitten, die Werbekampagne des Ministeriums zu unterstützen, ob man die Überschriften nun immer so gut findet oder nicht, sei einmal dahingestellt. Wir sollten die Kampagne nutzen, die Menschen dafür zu begeistern, diese Tätigkeit im Vollzug zu leisten.

Wir als Politiker sind aufgefordert, auch ich persönlich, Wertschätzung nicht nur an Gewerkschaftstagen und bei Sonntagsreden zu bekunden, sondern zu unseren Worten auch im politischen Alltag zu stehen, ob nun als stellvertretender Fraktionsvorsitzender oder in den Bereichen Innen und Recht. Wertschätzung beweist sich durch konkrete Maßnahmen.

Ich danke Ihnen, dass Sie mir zugehört haben. Genießen Sie den Tag und kommen Sie immer wieder gerne nach Paderborn. Vielen, vielen Dank!



Foto: Denis Junker/Fotolia.de

Nur besetzte Stellen reduzieren die Arbeitsbelastung.

Grußwort von MdL Sven Wolf (SPD)

Mitglied im Rechtsausschuss und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion

„Sehr geehrter Herr Biermann,
sehr geehrter Herr Brock,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren!

Ich freue mich, heute hier für die Fraktion der SPD sprechen zu dürfen. Zunächst darf ich Ihnen die herzlichen Grüße unseres Fraktionsvorsitzenden Thomas Kutschaty überbringen. Ich freue mich, denn das gibt mir die Möglichkeit, mich vor allen Dingen bei Ihnen, sehr geehrter Herr Brock, persönlich bedanken zu können. In den letzten acht Jahren haben wir viele Gespräche geführt und gemeinsam echte Verbesserungen für den Justizvollzug durchgesetzt. Ich will nur kurz daran erinnern, wie ich Sie, Herr Brock, in einer Anhörung im Landtag gefragt habe, wie hoch das Kleidergeld denn sein müsste, damit der BSBD zufrieden ist. „35,00 Euro“ haben Sie mir zugerufen. 35,00 Euro sind es geworden!

Aber wir haben auch weitere Verbesserungen gemeinsam durchgesetzt:

- Die Gitterzulage haben wir auf knapp 128,00 Euro erhöht, das ist genau

das von Ihnen angestrebte Polizeineiveau.

- Die Gitterzulage ist wieder ruhegehaltstfähig.
- Wir haben die Jubiläumszuwendung wieder eingeführt. Jetzt gibt es wenigstens wieder 300,00 Euro bei 25 Dienstjahren, später wird es noch mehr.
- Das Land springt jetzt ein, wenn Sie durch einen Straftäter angegriffen werden und einen Schaden erleiden, der Straftäter aber nicht zahlen kann. Das Schmerzensgeld zahlt Ihnen dann das Land und tritt damit in Vorleistung.
- Darüber hinaus haben wir gemeinsam deutlich Personal aufgebaut und die Stellen auch tatsächlich besetzt gekriegt.
- Und wir haben eine Milliarde Haushaltsmittel bereitgestellt, um die zum Teil dramatisch maroden Justizvollzugsanstalten neu bauen bzw. renovieren zu können.

Das war eine Kurzzusammenfassung von sieben Jahren Zusammenarbeit von BSBD und SPD in Nordrhein-Westfalen. Sie sehen, Sie sind und waren ein

Verband, der in den vergangenen 70 Jahren viel erreicht hat und auf den Weg bringen konnte. Daher herzlichen Glückwunsch zu Ihrem Jubiläum.

**„Lieber Herr Brock,“ ...“
ich wünsche Ihnen alles Glück der Erde. Sie haben es verdient!“**

Nein, lieber Herr Brock, verstecken brauchen Sie sich garantiert nicht! Sie haben diesen Verband mit viel Menschlichkeit, Sachverstand und Humor geleitet. Ich habe gerne mit Ihnen gesprochen und hoffe, dass wir das auch weiter tun. Auch wenn Sie sich jetzt wahrscheinlich viel mehr als bisher im Süden aufhalten werden.

Lieber Herr Brock, diese Zeit war aus vielen Gründen für Sie nicht immer einfach. Ich habe Sie deswegen immer dafür bewundert, dass Sie die Kraft gefunden haben, sich so intensiv um jede Kollegin oder jeden Kollegen zu kümmern, der sich an Sie gewandt hat. Ich wünsche Ihnen für diesen neuen Lebensabschnitt alles Glück dieser Erde. Sie haben es verdient!

Ich freue mich auch sehr auf die weitere Zusammenarbeit mit dem neuen Vorstand, lieber Herr Biermann. Wir können gemeinsam viel erreichen. Zugleich möchte ich Ihnen auch hier nochmal ganz herzlich zu Ihrer Wahl gratulieren!

**Strafvollzugsgesetz reformieren –
Druck von den Vollzugskonferenzen
nehmen**

Denn wir sind keine Opposition, die jetzt nur noch kritisiert und blockiert. Im Gegenteil! Ich werde immer für mehr Personal im Justizvollzug streiten. Ich werde auch weiter für Investitionen in den Justizvollzug streiten. Und ich will auch dafür streiten, dass wir das Strafvollzugsgesetz so reformieren, dass zukünftig das Gesetz viel genauer regelt, wer Haftlockerungen bekommt und wer nicht. Damit will ich den Druck von den Vollzugskonferenzen und den Beamten nehmen, die diese Straftäter dann später durch die Innenstädte begleiten müssen. Da wird dem Justizvollzug zu viel zugemutet! Ich bin in der Opposition und verspreche Ihnen, dass ich hier für Mehrheiten streiten werde. Streit, meine Damen und Herren, ist leider oft nötig. Auch im Parlament. Und erst recht über Fragen des Justizvollzugs. Deswegen kann ich zwar dem Grunde nach verstehen, dass Sie den Wunsch haben, dass wir uns im



Sven Wolf, stv. SPD-Fraktionsvorsitzender, stellte im Rahmen seines Grußwortes die Verbesserungen der rot-grünen Vorgängerregierung für den Strafvollzug dar.



Parlament weniger mit dem Vollzug beschäftigen. Das darf aber auf keinen Fall passieren! Denn dann kriegen wir gemeinsam keine einzige Verbesserung mehr für Sie durch. Und da ist noch so viel zu tun.

Lieber Herr Brock, wir waren uns immer einig, dass die Erhöhung des Kleidergeldes nur der erste Schritt hin zur Kleiderkammer sein kann. Jetzt sprudeln die Steuereinnahmen. Jetzt können wir das machen. Ich bin bereit dazu!

Kürzere Wochenarbeitszeit für Schichtdienstleistende

Außerdem will ich im ersten Schritt erreichen, dass die Menschen, die im Schichtdienst arbeiten wenigstens eine Stunde pro Woche weniger arbeiten müssen. Das ist doch das Mindeste, was wir anbieten müssen. Der Schichtdienst muss in der gesamten Landesverwaltung deutlich aufgewertet werden. Ich bin bereit dazu!

Ich habe weiter nie begriffen, dass die Polizei kostenlose Heilfürsorge genießt – der Justizvollzug aber nicht. Wir können das gerne ändern. Ich bin bereit dazu! Kostenlose Heilfürsorge für den Justizvollzug finde ich gut.

Jetzt können Sie sagen, dass wir das alles längst hätten erledigen können. Und dann sage ich Ihnen: Ein Schritt nach dem anderen. Die SPD hat viel für den Justizvollzug getan. Ich hatte das eingangs erwähnt. Und wir waren bei Regierungsübernahme noch nicht fertig. Wir werden nie alles auf einmal erreichen. Doch wir können doch mal gemeinsam einen Fahrplan erarbeiten. Ich bin bereit dazu!

Natürlich verstehe ich, dass Sie nicht zum Spielball politischer Skandalisie-



Sven Wolf (SPD) im Gespräch mit dem neu gewählten BSBD-Vorsitzenden Ulrich Biermann (li.).

rung werden wollen. Sie haben hier schon viel erlebt. Zum Beispiel Sätze wie: „Ein unglaublich peinlicher Vorgang. Wie kann es sein, dass man mit solch einem banalen Trick durch die Vordertür der JVA herauspazieren kann?“ oder „Der Justizminister muss außerdem erklären, wie es binnen weniger Wochen zu dieser weiteren schweren Sicherheitspanne in seinem Verantwortungsbereich kommen konnte.“ Oder „Die Opposition sieht schwerwiegende Versäumnisse im nordrhein-westfälischen Strafvollzug. Offenbar gebe es in NRW zu schnell Haft-Lockerungen für ungeeignete Strafgefangene“.

Diese Schlagzeilen werfen ein schlechtes Bild auf Ihre tägliche Arbeit. Und ich kann verstehen, dass Sie diese Schlagzeilen zukünftig nicht mehr lesen wollen. Doch da kann ich Sie beruhigen. Das wird nicht mehr passieren. Denn diese Worte stammen von den CDU-Rechtspolitikern Peter Biesenbach und Jens Kamieth. Das war eben nur in der letzten Legislaturperiode.

Meine Damen und Herren, ich biete Ihnen an, dass wir gemeinsam für konkrete Verbesserungen streiten.

Ich reiche Ihnen meine Hand. Sie müssen sich jetzt nur entscheiden, ob Sie dieses Angebot annehmen wollen.

Danke sehr!“



MdL Sven Wolf erklärte seine Bereitschaft, die BSBD-Forderung nach einer eigenen Kleiderkammer zu unterstützen.

Foto: Kzenon/Fotolia.de

Grußwort von MdL Marc Lürbke (FDP)

Stellvertretender Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion

Meine sehr geehrten Damen und Herren, herzlichen Glückwunsch im Namen der FDP-Fraktion an Ulrich Biermann – Dank an Peter Brock –, ganz viel Erfolg und auf gute Zusammenarbeit!

Zunächst einmal herzlichen Dank für die Einladung. Ich bin sehr gerne zu Ihnen gekommen, weil es eine gute Gelegenheit ist, um „Danke!“ zu sagen! Sie alle hier haben nicht gerade den einfachsten Job der Welt und machen ihn alle doch so gut, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in NRW sicher fühlen können.

Der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands ist ohne Zweifel ein wichtiges Sprachrohr für die Anliegen und Bedürfnisse der Vollzugsbediensteten, weswegen ich mich den übrigen Gratulanten gerne anschließe und alles Gute zum 70-jährigen des BSBD NRW wünsche!

Anders als einige meiner Vorredner bin ich ja nun nicht der rechtspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, sondern komme wie der Kollege Sieveke eher aus dem Bereich der Innenpolitik. Aber: Beide Bereiche gehören ganz untrennbar zusammen!

Denn: Für eine erfolgreiche Innenpolitik braucht es immer eine funktionierende und zuverlässige Justiz!

Verurteilte Straftäter sind nicht weg. Sie sind woanders!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, uns allen ist ja eines ganz klar: Die Kriminellen, die die Polizei von der Straße holt und festsetzen kann, die landen hinterher bei Ihnen in den Justizvollzugsanstalten Nordrhein-Westfalens.

Die Straftäter sind mit einem abgeschlossenen Strafverfahren also nicht weg, sondern sie sind woanders.

Und auch wenn wir Problemschwerpunkte jetzt deutlich entschlossener angehen als manche rot-grüne Vorgänger, ist ja eines klar: Nehmen wir mal das Beispiel Clankriminalität. Selbst wenn ein Clankrimineller nun hinter Gittern sitzt, bleibt er ja trotzdem erstmal ein Clanangehöriger. Mit allem was das bedeutet – auch für Sie.

Und deswegen ist es so wichtig, dass wir uns bei allen innenpolitischen Entwicklungen und Problemen immer vor Augen halten, dass sich diese im Justizvollzug oftmals noch verstärkt darstellen.

Ich denke da an Herausforderungen im Bereich der Sprache, Kultur, zunehmender Gewaltbereitschaft, Clanstrukturen oder auch an das Problem, dass viele Strafgefangene gar keine Integrationsperspektive für die Zeit nach dem Vollzug haben.

Wir wissen, dass die Zahl der ausländischen Strafgefangenen überall in Deutschland und auch in NRW stetig wächst.

Neue Probleme und Entwicklungen müssen angesprochen werden

Das ist keine Entwicklung, die man populistisch ausschlichten und den Eindruck vermitteln sollte, als würden deutsche Staatsbürger niemals straf-

Ich bin deswegen froh, dass wir mit unserem Justizminister jemanden haben, der vehement für die personelle Verstärkung und Modernisierung des Justizvollzugsdienstes kämpft und dass wir mit Joachim Stamp gleichzeitig einen Integrations- und Flüchtlingsminister haben, der erkannt hat, dass diejenigen ohne Bleibeperspektive in ihre Heimatländer zurückgeführt werden müssen.

Und das, meine Damen und Herren, gilt auch für viele Strafgefangene. Hier müssen wir die Leistungsfähigkeit unserer Justizvollzugsanstalten im Blick behalten und uns ehrlich machen. In manchen Fällen kann nämlich auch der modernste, personell stärkste und beste

Justizvollzug der Welt der Aufgabe der Wiedereingliederung eines Strafgefangenen in die Gesellschaft nicht gerecht werden.

Nämlich dann nicht, wenn der Strafgefangene in der Gesellschaft mangels Aufenthalts- oder Bleiberecht sowieso gar keine Perspektive hat.

Wir wollen den Justizvollzug fit machen für die Zukunft.

Und deswegen werde ich gerade bei solchen Fragestellungen für einen ehrlichen Umgang mit den Herausforderungen und für Offenheit für Lösungen.

Ich glaube, in der Hinsicht hat sich seit 2017 schon einiges verän-

dert und verbessert, aber die NRW-Koalition zieht ja gerade erst ihre Halbzeitleistungsbilanz und ich bin sicher: Hier passiert noch mehr.

Die Qualität des Justizvollzuges und die Belastung des Personals sind für uns die Leitlinien unseres Handelns.

Ich kann Ihnen deshalb für die FDP-Fraktion hier in Nordrhein-Westfalen zusagen, dass wir auch in den kommenden Jahren der Regierungszeit gemeinsam mit unserem Koalitionspartner und mit Ihnen allen daran arbeiten wollen, den Justizvollzug fit für die Zukunft zu machen und auf neue Herausforderungen auch entsprechend reagieren werden!

Herzlichen Dank!



Marc Lürbke, stv. Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion, will den Vollzug fit machen für künftige Herausforderungen.



Die Organisierte Kriminalität wird den Strafvollzug vor wachsende Aufgaben und Herausforderungen stellen.



Grußwort von MdL Stefan Engstfeld (Bündnis 90/Die Grünen)

Mitglied des Rechtsausschusses und Rechtspolitischer Sprecher der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen

Meine lieben Delegierten des BSBD-Gewerkschaftstages!

Ich mache es mir bei der Begrüßung mal ein bisschen einfach und ich begrüße alle jene ebenso herzlich, die Herr Biermann, der neue Landesvorsitzende, eben auch begrüßt hat.

Vielen Dank nicht nur für die Einladung, sondern auch für das, was Sie alle täglich für uns leisten. Auch Bündnis 90/Die Grünen wissen, was in den Vollzugsanstalten los ist. Diese hoch problematische Klientel, mit der Sie es zu tun haben, haben auch wir vor Augen. Wir sehen ja auch, wie Sie Ihre Knochen tagtäglich hinhalten. Wir sehen, und das ist auch Thema der Expertenkommission, dass immer mehr psychisch Auffällige in den Vollzugseinrichtungen untergebracht sind. Wahrscheinlich sollten die gar nicht dort sein und wären vermutlich woanders besser aufgehoben.

Wir sehen die Problematik der baulichen Substanz und den teilweisen Mangel bei der Eigensicherung. Und deswegen ist es von mir persönlich und meiner Fraktion sehr ernst gemeint: Vielen, vielen Dank für Ihren Einsatz und das, was Sie für uns, für unseren Rechtsstaat und unsere Demokratie leisten. Ich möchte Ihnen die besten Grüße von unseren Fraktionsvorsitzenden, von Monika Düker und Arndt Klocke, übermitteln, aber auch von meinen Vorgängerinnen Verena Schäffer und Dagmar Hanses. Ich mache diese Arbeit erst seit einem Jahr. Ich bin nachgerückt in den Landtag.

Die Zusammenarbeit mit den Vertretern des BSBD war immer konstruktiv

Mein Dank geht auch an Sie, Herr Brock. Ich kann mich in den Chor meiner Fraktionsspitze und meiner Vorgängerinnen einreihen. Ich muss sagen, es war immer sehr gut mit Ihnen, es war immer fair, auch wenn wir an der ein oder anderen Stelle unterschiedliche Auffassungen hatten. Wir konnten uns dies immer auf Augenhöhe sagen. Sie haben wirklich die Fähigkeit, dies haben meine Vorredner ebenfalls deutlich gemacht, die Positionen des Verbands überaus deutlich zu artikulieren und auch pointiert klar zu machen, wo der Schuh wirklich drückt. Ich persönlich bin Ihnen dafür dankbar, dass ich Sie

jederzeit auf direktem Weg ansprechen konnte, wenn ich mal Fragen hatte. Auch in Bezug auf den Fall des Amad A. in Kleve habe ich, weil ich nicht vom Fach bin, Ihre Expertise erbeten. Wenn ich mal eine Frage hatte „Wie funktioniert eine Kommunikationsanlage wirklich!“, dann waren Sie immer ansprechbar und mit fachlicher Auskunft zur Stelle.



Stefan Engstfeld geht es, wie er wiederholt betonte, stets um die Verbesserung des Ist-Zustandes.

Sie haben sich die Zeit genommen, mir diese Dinge so zu erklären, dass ich sie verstanden habe. Dafür noch einmal meinen ganz, ganz herzlichen Dank. Die Zusammenarbeit war toll mit Ihnen.

Herr Biermann, für Ihre neue Aufgabe wünsche ich Ihnen recht viel Glück. Sie waren bei vielen Gesprächen dabei. Sie treten in große Fußstapfen, doch ich bin mir sicher, Sie werden sie füllen können.

Von unserer Seite und von mir persönlich darf ich Ihnen eine konstruktive Zusammenarbeit anbieten. Sie finden bei uns immer eine offene Tür.

Ich würde gern etwas sagen zum Fall Kleve. Ich hatte ja auch mit Herrn Sanker einen längeren Meinungsaustausch im Düsseldorfer Landtag, weil ich immer in Ihrem Verbandsorgan über die Skandalisierung des Vollzuges im Zu-

sammenhang mit dem Fall des Amad A. in der JVA Kleve lesen musste. Ich muss Ihnen sagen, wenn Sie glauben, dass es darum geht, dass man ein besserer Oppositionspolitiker ist oder dass ich in meiner Partei einen besseren Listenplatz erhalte, weil ich den Skalp von Peter Biesenbach in der Hand halte, dann muss ich Sie enttäuschen. So ist das nicht. Das wäre, das muss ich so deutlich sagen, eine naive Vorstellung von Politik. Darum geht es nicht.

Es geht nicht darum, den Skalp des Ministers zu bekommen

Lieber Peter, wir duzen uns und haben an sich ein ganz gutes Verhältnis miteinander. Du hast vorhin gesagt, dass Du so im Fokus standst, sei Rache für Jäger gewesen. Ich kann das für uns, für Bündnis 90/Die Grünen, komplett ausschließen. Du wirst eine solche Forderung auch nie von mir gehört haben. Es geht nicht darum, den Skalp von Dir zu bekommen, sondern es geht in der Sache erst einmal darum, dass in diesem Land eine Geschichte passiert ist, die wir für skandalös gehalten haben. Nämlich dass jemand fälschlicherweise inhaftiert wurde, von der Polizei verwechselt, wochenlang in der Obhut des Staates war und

dann die Zelle gebrannt hat. Und jetzt ist dieser Mensch tot.

Er ist in der Obhut des Staates verstorben. Wir alle fragen uns: Wie kann in Nordrhein-Westfalen so etwas passieren? Wenn man einen dunkelhäutigen Straftäter aus Mali sucht, inhaftiert aber einen hellhäutigen Syrer, wie kann das sein? Wieso fällt das über Wochen niemanden auf? Und wie war das mit dem Brand? Wie waren die Umstände? Und das ist schon skandalös, dabei bleibe ich. Das ist eine Sache, die bei uns im Land nie wieder passieren darf. Das Anliegen von uns war Aufklärung. Wir wollten herauskriegen: Was ist dort genau passiert? Wieso ist das so dermaßen schief gelaufen bei uns? Unser Ansporn ist nicht, uns zu profilieren und auch nicht, den Strafvollzug zu skandalisieren. Unser Antrieb ist immer, Aufklärung zu betreiben und zu

klären, welche politischen Lehren aus diesem Fall zu ziehen sind, damit sich so ein Fall nicht wiederholt.

Wir haben einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, wir haben die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen. Uns interessiert nicht so sehr individuelles Fehlverhalten, uns interessieren die strukturellen Mängel. Und wir haben jetzt die Expertenkommission, für die Kleve ebenfalls Auslöser war. Daran wird ablesbar, dass in Kleve etwas sehr Gravierendes passiert ist.

Erkannte Mängel abstellen!

Die eingesetzten Instrumente dienen dazu, und damit verbindet sich auch meine Hoffnung, dass wir erkannte Mängel abstellen. Damit wir den Strafvollzug am Ende des Tages verbessern. Das ist unser politisches Ziel und das ist zugleich unsere Motivation. Wir sind uns, so glaube ich, hierin wohl alle einig. Wenn wir unterschiedliche Auffassungen haben, dann ringen wir miteinander, damit am Ende des Tages vernünftige Lösungen dabei herauskommen. Wenn der Justizminister für die Umsetzung der Ergebnisse der Expertenkommission eine Begleitgruppe einsetzen will, dann machen wir dabei sehr gerne mit. Vieles werden wir sehr schnell einvernehmlich umsetzen können, wie ich hoffe. Manches aber auch nicht. Der Minister der Justiz hat nach unserer Einschätzung Fehler gemacht. Deine Bilanz, lieber Peter, ist hingegen eine positive. Wir sind aber nun mal eine konstruktiv-kritische Opposition und sagen: „Ja, Respekt, der Minister hat viele Dinge richtig gemacht.“ Wir haben ihm dafür auch applaudiert.

Lob für die politische Absicht, in fünf Jahren 1.000 Stellen im Vollzug zu schaffen

Als der Haushaltsplan kam, der Kollege Wolf hat dies bereits ausgeführt, haben uns die Herren Brock und Biermann die Richtigkeit der Ansätze bestätigt, so dass wir unsere Haushälter dafür gewonnen haben, diese Ansätze mitzutragen. In fünf Jahren 1.000 Stellen für den Vollzug zu schaffen, das muss die Zielgröße sein. Dafür müssen wir gemeinsam kämpfen. Dafür gibt es für den Minister dann auch Lob an dieser Stelle.

Es gibt aber auch Kritik, das ist nun mal der Job der Opposition, wenn Fehler ge-

macht wurden. Es geht nicht darum, irgendjemanden oder den Strafvollzug in den Dreck zu ziehen, irgendwas künstlich zu skandalisieren. Es geht nicht darum, den Skalp des Ministers zu jagen. Wir wollen alle den Strafvollzug verbessern, die Rahmenbedingungen verbessern, die Besoldung verbessern. Das ist unser politischer Antrieb. Und wir müssen Lehren ziehen aus dem Fall mit dem Syrer Amad A..

Wenn ich mir den Bericht der Expertenkommission durchlese, sind wir, so glaube ich, in vielen Punkten sofort einer Meinung. Das fängt bei den Matratzen an, schwer entflammbar: ja! Das



Stefan Engstfeld ist überzeugt, dass die Technik der Rauchmelder und Sprinkleranlagen praktikabel ist.

müssen wir schnell umsetzen, damit vernünftige Produkte in die Hafträume kommen. Brandfluchthauben: kein Problem. Da sind wir dabei, die Forderung haben wir sofort übernommen.

Aber wo es eventuell eine Differenz gibt, wo ich ein Fragezeichen setzen würde, sind Sprinkleranlagen und Rauchmelder. Da bin ich noch nicht so ganz d'accord. Warum? Weil ich von einigen Bediensteten gehört habe, könnt ihr nicht Rauchmelder einführen?

Rauchen verbieten, das ist wohl allen klar, geht nicht. Warum wird dann der Einsatz von Rauchmeldern und der Einsatz von Sprinkleranlagen so vehement abgelehnt? Ich war letzte Woche in der größten und modernsten Justizvollzugseinrichtung der Niederlande. Die Einrichtung ist seit drei Jahren am Netz und ist ausgelegt für 830 Gefangene. Die Einrichtung verfügt über

Rauchmelder und Sprinkleranlage und die wollte ich mir einmal ansehen. Ich wollte wissen, wie die Technik funktioniert und ob sie praxistauglich ist.

Rauchmelder und Sprinkleranlagen in Hafträumen?

Warum gibt es Rauchmelder und Sprinkleranlagen in jeder Zelle in den Niederlanden und warum ist das bei uns nicht erwünscht. Die Holländer berichteten, dass es keine Probleme mit der Technik gebe. Es gebe keinen Missbrauch und sobald jemand sich an der Technik zu schaffen mache, gebe es einen Funktionsalarm. Ja, sie hätten drei oder vier Fehlalarme gehabt, weil Inhaftierte manipuliert hätten. Insgesamt habe sich die örtliche Feststellung eines Brandes zeitlich deutlich reduziert. Jetzt sei man in zwei bis zweieinhalb Minuten vor Ort.

So wie der Düsseldorfer Flughafen seinen Brandschutz nach dem verheerenden Brand vor Jahren deutlich verbessert hat, so widmen in den Niederlanden die Vollzugsbehörden dem Brandschutz nach einem schrecklichen Brand im Jahre 2005 ganz besondere Aufmerksamkeit. Und solche Differenzen nochmals ausdiskutieren, ist wichtig, denn es geht um die Sache.

Was die Holländer machen, hat schon Hand und Fuß. Jetzt müssen wir überlegen, weshalb die beiden Expertenkommissionen in diesem Punkt zu gegensätzlichen Ergebnissen gekommen sind. Das müssen wir aufklären, um das Ziel zu erreichen: Mehr Sicherheit für die Bediensteten und mehr Sicherheit für die Gefangenen. Lassen Sie uns das gemeinsam diskutieren, wir können es uns u.U. vor Ort ansehen und um die beste Lösung ringen. Das ist fruchtbar, um den Strafvollzug zu verbessern.

Wenn wir das schaffen, wäre ich sehr dankbar. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Gewerkschaftstag!



Sprinkleranlagen in Hafträumen: Auch alarmgesicherte Technik ist Manipulationen zugänglich.

Foto: FUN FUN PHOTO/Fotolia.com



Grußwort von Jutta Endrusch

2. Vorsitzende des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion

Sehr geehrter Herr Minister, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Im Namen des Vorstandes des DBB Beamtenbund und Tarifunion NRW darf ich Ihnen die allerherzlichsten Grüße zu ihrem Gewerkschaftstag übermitteln. Ihr neuer Vorsitzender Ulrich Biermann – auch von dieser Stelle meinen herzlichen Glückwunsch zu deiner Wahl – hat mich gebeten, in meinem Grußwort auch auf die aktuelle Situation in NRW bzw. die Schwerpunkte unserer gewerkschaftspolitischen Arbeit

manchmal ist das Erinnerungsvermögen bei Politikern halt nicht ganz so gut ausgeprägt.

Tarifrunde und Besoldungsgespräche erfolgreich

Letztlich ist der Erfolg der guten Vorbereitung und dem Geschick der Besoldungskommission des DBB mit unserer nunmehr bereits 5-jährigen Erfahrung bei Besoldungsgesprächen zu verdanken. Für die Jahre 2019, 2020 und 2021 wird das Gesamtvolumen des Tarifiergebnisses auf alle Besoldungsordnungen und -gruppen sowie auf die Versorgung übertragen – und zwar

Tarifverhandlungen führen. Deshalb wird sich die Landestarifkommission, die sich gerade unter Federführung von Andreas Hemsing konstituiert, dieses Themas annehmen, um eine entsprechende länderspezifische Lösung für NRW herbeizuführen.

Ministerpräsident und Finanzminister avisieren weitere Verbesserungen

Ein Nebenprodukt der diesjährigen Besoldungsgespräche war die Zusage des Ministerpräsidenten und des Finanzministers, noch in diesem Jahr mit dem DBB in weitere Gespräche zur Verbesserung der Situation der Beschäftigten im öffentlichen Dienst einzusteigen. Hier von sind auch Sie – die Beschäftigten in den Vollzugseinrichtungen betroffen –, da ein Thema die besonders belasteten Berufsgruppen im öffentlichen Dienst sein wird. Hier wird es insbesondere um Verbesserungen im Bereich des Schicht- und Wochenenddienstes gehen. Neben der Bezahlung gibt es weitere wichtige Themen, um den öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen fit für die Zukunft zu machen.

Aufgrund der demografischen Entwicklung und der besonderen Konkurrenzsituation zur Privatwirtschaft ist aus Sicht des DBB eine Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst zwingend erforderlich. Allein in den nächsten 10 Jahren scheiden bundesweit 1/3 aller Beschäftigten aus dem öffentlichen Dienst aus. Das sind ca. 1,2 Millionen Kolleginnen und Kollegen. Auch in NRW fehlt heute schon fast überall gut ausgebildetes Personal. Es fehlt an Fachkräften, die unterrichten, sichern, pflegen, ordnen und Einnahmen generieren. Allein in der Landesverwaltung gibt es mehrere tausend unbesetzte Planstellen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf – und zwar jetzt!

Die Kolleginnen und Kollegen arbeiten an der Belastungsgrenze. Deshalb: Keine weitere Arbeitsverdichtung!

Wir als DBB NRW werden auch eher unbeliebte Themen in die politische Diskussion einbringen, wie Reduzierung der Wochenarbeitszeit, eine echte Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Neustrukturierung der Eingangsämter und ein nachhaltiges Gesundheitsmanagement. Arbeitszeit wird und muss auch in Zeiten des Fachkräftemangels ein Thema sein, denn wie sollen wir den



Jutta Endrusch zog für das laufende Jahr eine positive Bilanz, mahnte aber auch dringenden Handlungsbedarf zur Steigerung der Attraktivität und zur Bewältigung der gravierenden Nachwuchsprobleme an.

einzugehen. Das will ich gerne machen. Zu Beginn gestatten Sie mir dazu einen kurzen Rückblick auf die erste Jahreshälfte. Hier war der DBB nicht nur bei den Tarifverhandlungen der Länder sehr erfolgreich, sondern auch in der volumengleichen Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Besoldung und Versorgung.

Der Ministerpräsident unseres Landes hat Wort gehalten und seine Aussage vom 07. Januar im Rahmen der Arbeitstagung des dbb umgesetzt: „Im Wettbewerb um hochqualifizierte Fachkräfte kann der öffentliche Dienst nur mithalten, wenn er auch gutes Einkommen bietet.“ Dies ist tatsächlich gelungen, aber der Weg dorthin war ein steiniger. Es galt dicke Bretter zu bohren und viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Denn

zeit- und wirkungsgleich. Damit hat die Landesregierung und insbesondere der Ministerpräsident ihre persönliche Wertschätzung gegenüber dem öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen zum Ausdruck gebracht.

Wo viel Licht ist, ist manchmal aber auch Schatten. Und dieser betrifft leider den Strafvollzugsdienst und hier insbesondere seine Pflegekräfte. Wir haben in NRW im Rahmen der Besoldungsgespräche für den Pflegebereich eine Erhöhung des Einkommens um 120 Euro erzielt. Diese spiegelt sich aber leider nicht im Tarifabschluss wider, denn der Wegfall der Stufe 1 kompensiert nicht diese 120 Euro. In dieser Problematik hat der Vorstand des DBB NRW aber keine weiteren Eingriffs- bzw. Regulierungsmöglichkeiten, da wir ja keine

Kolleginnen und Kollegen und insbesondere den jungen unter uns erklären, warum bereits in 12 von 16 Bundesländern die wöchentliche Arbeitszeit geringer ist als bei uns in NRW. Unbesetzte bzw. nicht zu besetzende Stellen dürfen nicht zu einer weiteren Arbeitsverdichtung der im Dienst befindlichen Beschäftigten führen. Hier ist das Limit bereits seit langem erreicht. Mehr geht mit uns nicht!

Arbeitszeit hat aber immer auch etwas mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu tun. Ein erster kleiner Schritt in die richtige Richtung könnte in Analogie zur Bundesregelung sein, für Beschäftigte, die Kinder unter 12 Jahren betreuen oder ein Familienmitglied pflegen, die Arbeitszeit um eine Stunde pro Woche abzusenken.

Einheitliche gegenderte Beurteilungskriterien und eine längst überfällige echte Gleichbehandlung von Teilzeitbeschäftigten – und zwar für Frau und Mann – sind weitere Arbeitsfelder für den DBB NRW. In Sachen Frauen- und Familienförderung erwarten wir zukünftig mehr Drive in der Landesverwaltung.

Gesundheitsmanagement ist ein Zukunftsthema

Einen wichtigen Stellenwert im Rahmen einer Dienstrechtsreform bzw. einer Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst nimmt auch das Thema Gesundheitsmanagement ein. Wir erkennen an, dass langsam Bewegung in das Thema kommt, aber es muss auch mit verbindlichen Standards und den entsprechenden finanziellen Ressourcen unterlegt werden, damit überhaupt wirkungsvolle Ergebnisse – auch präventiv – erzielt werden können. In diesem Zusammenhang sehen wir auch die Abschaffung der Kostendämpfungs-pauschale. Denn spätestens seit der Ab-

schaffung der Praxisgebühr entbehrt der Fortbestand der Kostendämpfungs-pauschale jeglicher Grundlage. Übrigens – genau aus diesem Grund hat das ja auch so „reiche“ Berlin diese Pauschale bereits 2018 abgeschafft!

Eine Attraktivitätsoffensive kostet

Eine Dienstrechtsreform für den öffentlichen Dienst bietet viel Anlass zu Diskussion. Über Inhalte kann man sicherlich mit dem DBB NRW vortrefflich streiten, nicht jedoch aber über den Rahmen. Neben den bereits genannten Punkten zählen für uns dazu:

- Schutz der Grundsätze des Berufsbeamtentums
- Gewinnung und Bindung von Fachkräften
- Leistungsgerechte Karriere- und Aufstiegsmöglichkeiten
- Entwicklung, Erprobung und Evaluation flexibler Arbeitszeitmodelle

Dann noch eine nachhaltige Personalentwicklung und eine angemessene Wertschätzung der Beschäftigten - und das Konzept für mehr Attraktivität im öffentlichen Dienst steht.

Übrigens: Wertschätzung und Attraktivität haben auch immer etwas mit Eingangsbesoldung, Berücksichtigung von Abschlüssen und Gestaltung von Laufbahnen zu tun.

Damit wäre in Sachen Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes schon viel erreicht. Wohlwissend, dass NRW schon einiges hier auf den Weg gebracht hat, sind dies aber weiterhin die herausragenden Aufgaben der nächsten Jahre. Zu diesem Aufgabenkatalog zählt zweifelsohne auch die Digitalisierung.

Digitalisierung ist eine Herkulesaufgabe

Die Digitalisierung stellt riesige Herausforderungen an unsere Gesellschaft, an Politik, an Wirtschaft und an den

öffentlichen Dienst. Letzterer wird leider noch zu oft außer Acht gelassen. Wir brauchen für einen erfolgreichen Transformationsprozess dringend entsprechende Betriebs- bzw. Dienstvereinbarungen, die die bereits bestehenden gesetzlichen und tariflichen Regelungen ausfüllen. Wir müssen die Fragen nach einer möglichen Leistungskontrolle und Überwachung zufriedenstellend beantworten.

Das erfordert Transparenz und Schutzmöglichkeiten von Beginn an.

Datenschutz und Datensicherheit müssen jederzeit gewährleistet sein. Noch wichtiger ist für uns als DBB NRW aber der Schutz der Beschäftigten. Hierzu ist eine wirksame und nachhaltige Einbindung der Personal- und Betriebsräte unabdingbar. Für den DBB NRW ist es evident, dass unsere rechtsstaatlichen Prinzipien nicht in Frage gestellt werden. Bei Gesetzesauslegungen und Ermessen müssen auch in einer digitalen Welt Handlungs- und Entscheidungsspielräume erhalten bleiben und Verantwortlichkeiten klar definiert werden. Künstliche Intelligenz und Algorithmen können diese Prozesse unterstützen, menschliche Entscheider aber nicht ersetzen.

Der Verlust von Arbeitsplätzen muss zwingend vermieden werden

Die Kompatibilität bestehender Gesetze bzw. Rechtsnormen mit den notwendigen Rahmendienstvereinbarungen muss gewährleistet werden. Das sogenannte papierlose Büro bzw. die eAkte und der eAkten-Transport dürfen nicht zum Verlust von Arbeitsplätzen oder zum Abbau von Personal führen.

Die Einführung solcher elektronischer Verfahren führt zwar zum Wegfall herkömmlicher Aufgaben, gleichzeitig aber auch zur Entstehung neuer Aufgaben mit oft veränderten Qualitätsanforderungen. Dem ist rechtzeitig mit einer entsprechenden Aus- und Weiterbildungsplanung sowie einer entsprechenden Stellenbewertung Rechnung zu tragen. Und – liebe Kolleginnen und Kollegen – Sie können sicher sein, dass uns die Wichtigkeit dieser Forderungen auch bzw. gerade für den Bereich des Strafvollzugs sehr bewusst ist.

Thema Einheitsversicherung: Sie klopf wellenartig immer wieder an die Hintertür, auch hier in NRW – zuletzt unter dem Deckmäntelchen einer sogenannten pauschalierten Beihilfe.

Dieser Gesetzentwurf der nordrhein-westfälischen SPD-Fraktion würde allerdings Mehrkosten von 12 bis 13 Millionen Euro verursachen. Dieses Geld, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollte



Die Digitalisierung wird für den öffentlichen Dienst eine große Herausforderung.



Jutta Endrusch sagte dem BSBD NRW die volle Unterstützung der Dachorganisation zu.

aus unserer Sicht lieber für strukturelle Maßnahmen verwendet werden, von denen dann alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst profitieren könnten.

DBB NRW fordert, dass die Landesregierung beim ganzheitlichen Sicherheitskonzept liefert

Der DBB NRW steht für den Dreiklang von Besoldung, Versorgung und Beihilfe und dieser Dreiklang bildet das Fundament des Berufsbeamtentums. Ein wenig mehr Drive wünschen wir uns auch bei dem Thema Steigerung der Sicherheit der Landesbediensteten bei der Wahrnehmung ihrer Dienstaufgaben und Erstellung eines ganzheitlichen Sicherheitskonzeptes. Dies ist nicht meine Formulierung, sondern der griffige Arbeitstitel des Finanzmi-

nisters. Die Entwicklung von verbalen und körperlichen Übergriffen auf Bedienstete im öffentlichen Dienst ist besorgniserregend.

Jeden Tag erfahren wir von Übergriffen gegenüber Rettungskräften, Feuerwehrlern, Gerichtsvollziehern, Finanzbeamten, Lehrkräften und gegen Beschäftigte in den Vollzugseinrichtungen. Inzwischen ist keine Beschäftigungsgruppe im öffentlichen Dienst mehr ausgeschlossen. Einer solchen Entwicklung muss sich unsere demokratische Wertegemeinschaft entschieden entgegenstellen.

Wer Gewalt gegen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ausübt, der gehört gesellschaftlich geächtet! Jeder Angriff ist letztendlich ein Angriff gegen unseren demokratischen Staat.

Deshalb fordert der DBB NRW auch, dass die Möglichkeit der Verhängung einer dreimonatigen Freiheitsstrafe nach § 114 StGB eher zum Regelfall als zur Ausnahme werden muss. Dieses Instrumentarium muss sicherlich im Hinblick auf seine, Wirksamkeit/Wirkung noch mal nachjustiert werden.

Der öffentliche Dienst muss durch das Strafrecht umfassend geschützt werden

Und es muss auch dahingehend erweitert werden, dass von dieser Norm alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes erfasst werden.

Der öffentliche Dienst darf nicht zum Freiwild für Aggressoren werden – ganz gleich ob sie von links oder von rechts kommen oder von organisierten Verbrechern – sprich von sogenannten Clans, die mittlerweile ganze Stadtteile beherrschen – beginnend in den Schulen bis hin zu unseren Vollzugseinrichtungen. Hier muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden.

„BSBD NRW – 70 Jahre vollzugliche Innovation und beruflicher Fortschritt“ so lautet das Motto des heutigen öffentlichen Teils Ihres Gewerkschaftstages.

Und ich kann Ihnen hier und heute versichern, dass Sie uns, den DBB NRW, in Sachen Innovation und beruflichen Fortschritt immer an Ihrer Seite haben werden – diese Zusage kann ich Ihnen zumindest für die Amtsperiode bis 2024 geben, die Roland Staude und ich zu verantworten haben.

Darüber hinaus haben Sie für all Ihre Probleme und Ihre konstruktiven Anregungen mit Ihrem Kollegen Achim Hirtz den direkten Draht in unseren geschäftsführenden Vorstand.

In diesem Sinne herzlichen Dank für ihre Aufmerksamkeit und auf weiterhin gute Zusammenarbeit.



Die Delegierten nahmen die Ausführungen der Vize-Chefin des DBB mit Zustimmung zur Kenntnis.

Grußwort von René Müller

Vorsitzender des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD)

Sehr geehrter Herr Minister,
meine sehr geehrten Damen
und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zunächst freue ich mich über Eure Einladung und darüber, dass so viele Kolleginnen und Kollegen hier versammelt sind, die sich im BSBD für die gewerkschaftliche Vertretung unserer gemeinsamen Interessen engagieren. Dies ist heutzutage keine Selbstverständlichkeit mehr.

Lieber Peter, wir kennen uns nun schon einige Jahre. Mir war Dein Rat immer

können und meinen, ohne sie läuft der Vollzug nicht. Lieber Peter, von mir die besten Wünsche für den Ruhestand. Lass es Dir richtig gut gehen. Ich sage vielen Dank. Wir werden Dich vermissen.

Und Dir, lieber Ulli, wünsche ich viel Erfolg als neuer Vorsitzender des BSBD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen. Du vertrittst den Landesverband künftig im Bundeshauptvorstand. Ich habe Dich als konstruktiven, klaren Mitstreiter kennengelernt. Deine Vorschläge und Gestaltungsideen sind stets willkommen. Peter hinterlässt zwar ein

mir“. Trotzdem möchte ich einige Worte zur aktuellen Situation im deutschen Strafvollzug verlieren. Wir haben heute viele gute Worte und Verständnis für die schwierige Arbeit im Justizvollzug vernommen. Meine sehr verehrten Damen und Herren aus der Politik, ohne konkrete Taten bleiben Verbesserungen nur leere Worthülsen. Was unsere Kolleginnen und Kollegen jetzt erwarten, sind Ergebnisse.

Die Tarifrunde 2019 hatte ein ambivalentes Ergebnis

Schauen wir auf die letzten Tarifverhandlungen. Die lineare Erhöhung ist gut, wird jedoch durch die Laufzeit bis 2021 relativiert. Eine kräftige Annäherung an die Bundesbesoldung ist zudem wieder einmal ausgeblieben.

Auf die von Gewerkschaftsseite in die Verhandlungen eingeführte und geforderte Verbesserung der Struktur u. a. im Strafvollzug wurde nicht reagiert. Stattdessen, so hörten wir von unseren Verhandlungsführern, übte sich die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) in strikter Verweigerungshaltung.

Exemplarisch darf ich auf die Situation des medizinischen Personals im Strafvollzug verweisen.

Deutschlandweit sind zahlreiche Stellen nicht besetzt. Die Kolleginnen und Kollegen im medizinischen Dienst arbeiten – ebenso wie die Vollzugskollegen – permanent über der Belastungsgrenze. Und das mit schwierigster Klientel, was die Vollzugsmedizin von der in öffentlichen Krankenhäusern grundlegend unterscheidet.

Dass im Pflegebereich dringender Bedarf für Verbesserungen besteht, und zwar auch im Besoldungsbereich, dürfte sich herumgesprochen haben und damit hinlänglich bekannt sein.

Der Krankenpflegetarif wird zwar erhöht. Eine zusätzliche Erhöhung, nämlich ab KR 7 um die dynamisierte Zulage von 120 Euro, wie sie in Baden Württemberg für die Psychiatrien und die Unikliniken vorgesehen ist, blieb für den Vollzug aus. Das, meine verehrten Damen und Herren, erklären Sie mal unseren Krankenpflegerinnen und Krankenpflegern im Vollzug.

Ich frage Sie, ich frage Euch. Was macht die Arbeit in den baden-württembergischen Psychiatrien oder Unikliniken um so vieles schwieriger als die entsprechende Arbeit im deutschen Justizvollzug? So ein Tarifiergebnis ist doch geradezu grotesk. Angesichts des



Mit der Schilderung der Verhältnisse vor Ort sorgte der Bundesvorsitzende bei dem ein oder anderen für Nachdenklichkeit.

teuer und Deine Meinung sehr wichtig. Auf den Veranstaltungen ist auch der Spaß nie zu kurz gekommen. Wir haben gemeinsam gelacht und dabei das ein oder andere Gläschen geleert. Du befindest Dich seit einigen Tagen im wohlverdienten Ruhestand. Ich hoffe aber, dass Du unserer Gewerkschaft nach wie vor gewogen bleibst und Dich das ein oder andere Mal zu Wort meldest.

Ich kann Deinen Schritt, den Posten des Landesvorsitzenden weiterzureichen, gut nachvollziehen. Zu einem guten Vorsitzenden gehört es auch zu entscheiden, wann die Zeit für Weitergabe des Amtes an einen Nachfolger gekommen ist. Ich gehe davon aus, dass Du für Deine Freizeitbeschäftigung im Ruhestand gesorgt hast und die Pension willkommener Anlass ist, das zu tun, was Du schon immer machen wolltest. Ich weiß, dass es Dir nicht so geht, wie vielen anderen pensionierten Gewerkschaftsfunktionären, die nicht loslassen

großes Paar Schuhe. Doch ich bin sicher, Sie werden Dir passen. Ich wünsche Dir viel Erfolg und freue mich auf eine gute, gedeihliche Zusammenarbeit.

Der BSBD NRW ist eine wesentliche Stütze der Bundesorganisation

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nur durch Euer Engagement, durch Eure Ideen und durch Eure kreative Gewerkschaftsarbeit sind und bleiben wir die größte, effizienteste Interessenvertretung der Bediensteten im deutschen Strafvollzug. Dass Ihr für den BSBD brennt, habt Ihr mit Eurer beeindruckenden Beteiligung an den Demonstrationen im Zuge der diesjährigen Tarifverhandlungen nachdrücklich unter Beweis gestellt. Vielen Dank dafür!

Ich habe das Los der späten Rede. Ich will deshalb nach dem Motto verfahren „Es ist alles gesagt, nur noch nicht von



besorgniserregenden Personalmangels und der hohen Fluktuation im Justizvollzug ist es höchste Zeit zu handeln. Mit der Androhung des Verhandlungsabbruchs berechnete Forderungen abzuwehren, wird sich als kontraproduktiv erweisen. Die Arbeitgeber sind ihrer Verantwortung für das Funktionieren der öffentlichen Einrichtungen in dieser Verhandlungsrunde in keiner Weise gerecht geworden.

NRW beschreitet bei der Krankenpflege einen anderen Weg

Ich habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass Nordrhein-Westfalen versucht, einen anderen Weg zu beschreiten. Die beamteten Pflegekräfte erhalten hier die besagte Zulage und ich denke, dafür war es auch höchste Zeit. Mein Appell an Sie, Herr Minister, geht dahin, dass sich NRW stark dafür machen sollte, dass künftig beamtete und angestellte Pflegekräfte wieder gleichgestellt werden. Bei etwas gutem Willen dürfte es nicht unmöglich sein, diese Zulage in den Regelungsbestand des Tarifvertrags Länder (TV-L) einzupflegen.

Die entscheidende Frage ist doch: Welche Anreize schaffen wir im Justizvollzug, um Fachkräfte zu halten und zu gewinnen und wie gelingt es uns, die bestehenden Personallücken in den Justizvollzugsanstalten zu schließen?

Der Personalnotstand lähmt die bundesdeutschen Einrichtungen

Damit komme ich zu unserem derzeit größten Problem: Dem Personalnotstand. Uns fehlen nach wie vor ca. 2000 Vollzugsbedienstete, um die bestehenden Vakanzen zu decken. Dabei spreche ich nicht von einer guten Personalausstattung für einen Justizvollzug nach modernen Maßstäben, dafür benötigen wir nämlich noch erheblich mehr. Es fehlt an Personal aller Professionen. Bei dem bezifferten Fehlbestand geht es lediglich darum, die ärgsten Löcher zu stopfen.

Die deutschen Vollzugsanstalten der Untersuchungshaft und die für männliche erwachsene Strafgefangene sind voll-, teilweise auch überbelegt. Die Bediensteten im Vollzugsdienst, in der Verwaltung und in den Fachdiensten arbeiten seit Jahren über dem Limit. Salopp ausgedrückt: Sie kriechen auf dem Zahnfleisch. Wann hört das endlich auf – und vor allem – wann wird diese Mehrarbeit angemessen honoriert?

In den meisten Bundesländern scheint das Dogma vorzuherrschen, dass andere Vollzugsdienste, die mehr im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehen,

besser besoldet werden müssen als der Dienst in einer JVA. Dies macht sich häufig in besseren Beförderungsmöglichkeiten und bei den Zulagen bemerkbar. Wir verzeichnen immer mehr Abgänge zum Zoll, zur Polizei, zu den Gerichtsvollziehern, die mittlerweile ganz offensiv unsere Kolleginnen und Kollegen abwerben.

Auch hier frage ich Sie, meine Damen und Herren Abgeordnete, tun Sie bzw. Ihre Fraktionen genug, um die Nachfrage nach dem Beruf eines Justizvollzugsbeamten zu erhöhen? Welche



René Müller sprach sich dafür aus, dass die Politik endlich ihre Hausaufgaben machen solle.

deutlichen Anreize schaffen sie, dass sich die Arbeits- und Besoldungsbedingungen von anderen Vollzugsdiensten positiv absetzen oder zumindest konkurrenzfähig sind.

Bundesregierung arbeitet sich an den Symptomen ab

Schaue ich in den Koalitionsvertrag der Bundesregierung, so stelle ich fest, dass an Richter und Polizeibeamte gedacht wird, das ist gut und wichtig, aber der Justizvollzug findet nicht einmal Erwähnung. Natürlich kann man hier einwenden, dass die Länder für den Vollzug zuständig sind. Wenn aber ein Pakt für den Rechtsstaat und die innere Sicherheit initiiert wird, dann hätte es nahegelegen, die Bundesländer insoweit einzubinden, dass sie im Bereich des Vollzuges die erforderlichen personellen Voraussetzungen schaffen. Ansonsten bleibt vieles Stückwerk und ein Herumdoktern an den Symptomen. In der Öffentlichkeit wird viel über Gewalt

gegen Lehrer, Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste debattiert. Hierzu ist festzustellen, dass die Rettungsdienste gelegentlich mit Straftätern zu tun haben, die Polizei schon häufiger, die Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug arbeiten allerdings ständig mit ihnen. Dass die Gewalt in unseren Einrichtungen in gravierender Weise zunimmt, findet in der öffentlichen Diskussion kaum Erwähnung. Wo kommen denn gewaltbereite Straftäter hin?

Die Polizei beherbergt einen gewaltbereiten, renitenten Straftäter maximal

47 Stunden und 59 Minuten, spätestens dann muss dieser dem Haftrichter vorgestellt sein und landet mit großer Wahrscheinlichkeit in einer Vollzugsanstalt. Unsere Kolleginnen und Kollegen beschäftigen sich dann mit diesen cholerischen oder psychisch gestörten Menschen jeden Tag und das vermutlich jahrelang.

Sie stehen folglich permanent unter großem psychischen Druck. Sie werden mit den abscheulichsten Verbrechen konfrontiert, mit gestörten Persönlichkeiten, intriganten Verbrechern, notorischen Lügnern und auch traurigen Einzelschicksalen und Suiziden. Von unseren Bediensteten wird verlangt, dass sie mit Durchsetzungskraft, ohne Angst und mit Empathie den Inhaftierten entgegenreten, diese sicher verwahren und resozialisieren bzw. sozialisieren. Insofern ist die Arbeit der Vollzugsbediensteten unterschiedlich, aber im Vergleich mit

anderen Vollzugsdiensten doch nicht minder schwer. Und diese Arbeit muss – „verdammt noch mal“ – auch vergleichbar gut bezahlt werden.

Die Belastungen des Vollzuges durch Übergriffe werden unterschätzt

Ich behaupte, dass unsere Kolleginnen und Kollegen täglich der Gewalt durch Inhaftierte ausgesetzt sind. Mindestens einmal am Tag wird eine Kollegin oder ein Kollege in einer deutschen Justizvollzugsanstalt verbal oder körperlich von einem Gefangenen attackiert. Ein Indiz für diese Behauptung ist die Gewaltstatistik, die der BSBD auf seiner Internetseite anonym führt.

Warum haben wir diese eigene Gewaltstatistik initiiert? Weil die Justizminister der Länder nicht in der Lage sind, eine einheitliche Statistik zu schaffen, die für alle Bundesländer vergleichbar ist. Jedes Bundesland macht – besonders nach der Föderalismusreform

– seinen eigenen Vollzug, seine eigene Besoldung und seine eigene Statistik. Ich habe die NRW-Statistik zu Verstößen von Gefangenen im Justizvollzug gesehen und die bestätigt die hohe Anzahl an Übergriffen. Allein hier in NRW gab es 655 Übergriffe im Jahr 2018. Vor allem schwere Übergriffe nahmen deutschlandweit zu. Und fraglich ist, ob wirklich alle Übergriffe erfasst worden sind.

Die Vollzugsbediensteten spüren keine Rückendeckung

Häufig sind es die Kolleginnen und Kollegen leid, Anzeigen zu schreiben, die kaum Sanktionen zur Folge haben. Es ist einfach lächerlich, wenn beispielsweise ein Fernsehverbot am Wochenende auf Bewährung verhängt wird, und sich der betreffende Kollege den Hinweis anhören muss: „Sie wissen doch wo Sie arbeiten!“ oder noch problematischer „So schlimm war es doch nicht!“ Unzumutbar für Vollzugsbedienstete wird es aber richtig, wenn Übergriffe den Strafverfolgungsbehörden angezeigt werden, weil sie erheblicher Natur waren. Wenn dann überlastete Staatsanwaltschaften die Verfahren unter Hinweis auf die aktuell zu verbüßende Strafe einstellen, dann ist das eine Kapitulation des Rechtsstaates. Schließlich sollen Straftäter im Vollzug lernen, ohne Straftaten zu leben. Da kann es nicht sein, dass Verstöße zu keinerlei Konsequenzen führen.

Solche Entscheidungen kann nur treffen, wer die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen vor Ort nicht richtig einzuschätzen vermag, der sich nicht vorstellen kann, wie leicht Kollegen in Gefahr geraten können.

Sie können oftmals nicht nachvollziehen, wie es ist, die Kontrolle über eine Station zu behalten, auf den Anstaltshöfen souverän und selbstbewusst 70 Gefangene zu beaufsichtigen, wenn es dazu mitunter zu Tumulten und Beleidigungen kommt. Kommt es in solchen Situationen zu Beleidigungen und dummen Sprüchen, die das Ziel verfolgen, den Bediensteten zu provozieren und zu verunsichern, dann ist schon Mut gefordert, um die Lage besonnen zu beherrschen.

Die Entscheider sollten sich ein realistisches Bild von den Verhältnissen machen

Die Entscheider können oftmals auch nicht nachempfinden, wie es sich anfühlt, wenn ein Kollege oder seine Familie bedroht werden. Wie es ist, wenn man im Alarmfall gerufen wird, um einen randalierenden Inhaftierten sicher

unterzubringen. Das Einsatzteam in Schutzkleidung, vollgepumpt mit Adrenalin, weiß nicht, was in den nächsten Minuten geschehen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte Sie einmal, sich in eine solche Situation hinein zu fühlen, den Stress nachzuempfinden, dem meine Kolleginnen und Kollegen ausgesetzt sind. Man muss schließlich nicht in einen Brunnen springen, um zu erahnen, dass er tief sein kann. Die Arbeitsbedingungen im Vollzug kann nur realistisch nachempfinden, wer Einsätze tatsäch-

zugsanstalten. Daneben hat auch das Limburger Urteil über strafrechtliche Konsequenzen von Lockerungsentscheidungen große Verunsicherung in die deutschen Vollzugseinrichtungen getragen.

Probleme im Justizvollzug gibt es momentan genug. Es würden den Rahmen meiner Rede sprengen, sie alle aufzuzeigen. Zu guter Letzt gestatten Sie mir noch einen Hinweis. Dass offensichtlich auch etablierte Parteien vor Fake-News nicht geschützt sind, hat sich in der 31. Sitzung des Rechtsausschusses



René Müller lobte den BSBD NRW für sein großes Engagement bei der Demonstration im Zuge der Tarifrunde 2019.

lich miterlebt hat. Der kann dann vielleicht ermessen, mit welchen beruflichen Risiken der Beruf verbunden ist.

Strafvollzugsbedienstete nicht in die Arme von Populisten treiben

Verehrte Damen und Herren aus der Politik, nehmen Sie sich der Probleme der Strafvollzugsbediensteten an. Sorgen Sie für Entlastung und Ausgleich der gegenwärtig unhaltbaren Lage. Wenn die etablierten Parteien sich dieser Probleme nicht annehmen, werden es die Populisten tun. Die Wahlen in Sachsen und Brandenburg haben einen Eindruck davon vermittelt, wie eine solche Entwicklung aussehen kann. Statt die Lage zu beruhigen, vergrößert die etablierte Politik die Probleme auch noch.

Herr Seehofer hat einiges zu bieten. Sei es die Unterbringung von Gefährdern auf unbestimmte Zeit oder sei es die Möglichkeit der Unterbringung von Abschiebegefangenen in Voll-

des Landtages in NRW gezeigt. In der Niederschrift wird Herr Stefan Engstfeld (Grüne) mit dem Hinweis zitiert, der BSBD befürworte die Nutzung von Handys in den JVAen. Er verwies dabei auf Beiträge der FAZ und von Spiegel online.

Zur Klarstellung: Der BSBD und demzufolge auch ich als Bundesvorsitzender befürworte keine Handys im Vollzug, die Gründe sollten jedem klar sein. Weitere Straftaten oder Strafvereitelungen sind nicht ausgeschlossen, ganz abgesehen von möglichen Fluchtplanungen. Der BSBD ist in dieser Frage ganz klar: Keine Handys für Inhaftierte.

Das soll es jetzt aber auch gewesen sein. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr habt einen tollen, konstruktiven und zuverlässigen Landesverband, der vorbildlich arbeitet. Ich vertraue auf Euch und eine gute Zusammenarbeit.

Euch noch eine gute Tagung, vielen Dank und was die Gewerkschaftsarbeit betrifft: Weiter so!

Schlusswort von Ulrich Biermann

Vorsitzender des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.

Sehr geehrter
Herr Minister Biesenbach,
sehr geehrter
Herr Bürgermeister Dreier,
meine sehr geehrten
Herrn Abgeordnete,
meine sehr geehrten
Damen und Herren,
liebe Kolleginnen
und Kollegen!

Ich darf mich für Ihre freundlichen Grußworte und Redebeiträge ganz herzlich bedanken.

Besonders bedanken möchte ich mich bei Ihnen, Herr Minister Biesenbach, für Ihre doch sehr konkreten Ausführungen. Erlauben Sie mir, meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Abschluss dieser Veranstaltung noch ein, zwei Anmerkungen machen zu dürfen. Unstreitig ist auch der Vollzug ständigen Veränderungen unterworfen und muss sich diesen Herausforderungen stellen. Veränderungen, die auf veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen beruhen oder der vollzuglichen Fortentwicklung geschuldet sind, bedürfen allerdings der Vorbereitung. Werden durch Veränderungen neue Personalbindungen ausgelöst, ist dieses Personal zeitnah zur Verfügung zu stellen.

Daneben werden auch längst überfällige und insoweit zwingend zu realisierende Überarbeitungen und Anpassungen der Sicherheitsarchitektur des Justizvollzuges unseres Landes auf die Agenda gesetzt werden müssen. Dies wird für den Vollzug zwangsläufig weitere Veränderungen mit sich bringen. Einige Veränderungen, die die Politik erwartet, können wir dem Koalitionspapier der Landesregierung entnehmen. Auf gut einer DIN A4-Seite findet man dort unter der Überschrift „Sicherer Strafvollzug“ Aussagen und Absichtserklärungen, denen man bis 2021 nicht nur politische Beachtung schenken, sondern die man vielmehr auch zur Umsetzung bringen will.

Es wird von uns nicht verkannt, Herr Minister, dass Sie gerade bei der Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl von Haftplätzen, die ausweislich des in Rede stehenden Koalitionspapiers eine Grundvoraussetzung für einen effektiven Strafvollzug ist, bedauerlicher-



Bevor Ulrich Biermann die öffentliche Veranstaltung schloss, machte er nochmals auf die dringendsten Bedürfnisse des Vollzuges aufmerksam: Ausreichend Personal und eine auskömmliche, angemessene Bezahlung.

weise oftmals fremdbestimmt werden. Fremdbestimmt durch Sachzwänge, die sich nicht so schnell verändern lassen. Dabei ist das Gelingen von Resozialisierung und die Zurückgewinnung von Vertrauen bei der Bevölkerung nicht zuletzt davon abhängig, ob Sie diese Sachzwänge zeitnah auflösen und zum Positiven wenden können.

Allerdings ist die Bereitstellung dieser ausreichenden Zahl an Haftplätzen

die eine Sache. Die planerische und letztlich strukturelle Auslastung der vorhandenen Kapazitäten ist die andere. Insoweit darf ich Sie hier und heute erneut auffordern, sich der aktuellen Belegungspolitik ggf. persönlich anzunehmen, um so die ebenfalls im Koalitionspapier formulierte Aussage der Zielsetzung einer höheren Effektivität des Strafvollzuges in unserem Lande zeitnah zu erreichen.

Dies vorangestellt, dürfte sich die ebenfalls im Koalitionspapier enthaltene angestrebte Erhöhung der Beschäftigungsquote in den Justizvollzugsseinrichtungen, insbesondere mit Blick auf eine regionale Betrachtungsweise, deutlich einfacher realisieren lassen, als dies unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Fall ist.

Denn folgerichtig bekräftigt der Koalitionsvertrag, dass Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung im Strafvollzug unverzichtbare Bausteine für eine erfolgreiche Resozialisierung sind. Dieses benannte Ziel bestmöglich anzustreben, werden Sie nur erreichen können, wenn das dafür erforderliche, motivierte Personal kräftig in die Räder greift.

Wenn ich meinen Blick im Saal schweifen lasse, Herr Minister, dann darf ich feststellen, dass Sie bislang noch auf sehr motiviertes Personal in allen Laufbahnen zurückgreifen können.

Allein vor diesem Hintergrund sollten Sie zeitnah dafür Sorge tragen, dass gerade die im Koalitionspapier getroffene Aussage, die beruflichen Mehrleistungen auch im Strafvollzug stärker



Die öffentliche Veranstaltung lenkte den Blick der Öffentlichkeit auf den Strafvollzug und dessen Bedienstete.

honorieren zu wollen, durch konkrete Maßnahmen mit Leben erfüllt wird. Motivation wird sich dauerhaft nur erhalten lassen, wenn sie keine Einbahnstraße ist, sondern auch entsprechend honoriert wird.

Wenn ich mir in diesem Zusammenhang eine Anmerkung erlauben darf, honorieren Sie bitte allein aus Gleichbehandlungsgründen alle im Strafvollzug tätigen Berufsgruppen entsprechend und beschränken Sie finanzielle Verbesserungen nicht nur auf bestimmte Laufbahnen.

Zum Abschluss meiner Ausführungen möchte ich meinen Appell an die Politik, den ich bereits zu Beginn der Veranstaltung formuliert habe, nicht nur wiederholen, sondern auch noch einmal deutlich unterstreichen: Die Bediensteten des nordrhein-westfälischen Strafvollzuges erwarten für ihren schweren und oftmals sehr belastenden Dienst, den sie täglich in den Vollzugseinrichtungen für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes verrichten, nicht mehr, aber auch nicht weniger als Akzeptanz und Wertschätzung im politischen Raum und eine Besoldung, die den gestellten Anforderungen und Belastungen entspricht.

Um es noch einmal deutlich auf den Punkt zu bringen, fordern wir vom BSBD NRW neben der Gestaltung eines wirksamen und effektiven Behandlungsvollzuges eine am Aufgabenbestand ausgerichtete Personalausstattung und eine an der Schwierigkeit und dem Grad der Verantwortung ausgerichtete finanzielle Dotation.

In dieser Hinsicht vertrauen wir, meine Damen und Herren aus der Politik, auf Ihr Verständnis und Ihre Unterstützung. Mit dieser Feststellung möchte ich die öffentliche Veranstaltung des 22. BSBD-Gewerkschaftstages in Paderborn beenden.

Für die Grußworte und Redebeiträge bedanke ich mich im Namen des BSBD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen recht herzlich.

Jetzt darf ich Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu einem kleinen Imbiss einladen, den wir haben herrichten lassen. Wir wollen schließlich nicht, dass Sie völlig entkräftet an Ihre eigentlichen Arbeitsstellen zurückkehren.

Danke nochmals, dass Sie den BSBD-Gewerkschaftstag bereichert haben. Den Vertretern der Politik rufe ich zu: Bleiben Sie uns gewogen und bewahren Sie sich ein offenes Ohr für den nordrhein-westfälischen Strafvollzug!

Wir versichern Ihnen im Gegenzug, dass wir Ihre Arbeit im NRW-Landtag konstruktiv-kritisch begleiten werden.

Gewerkschaftstag ernennt Peter Brock zum Ehrenvorsitzenden des BSBD NRW

Das Votum der Delegierten war wirklich überzeugend, einstimmig sprachen sie sich dafür aus, den bisherigen Landesvorsitzenden Peter Brock zum Ehrenvorsitzenden zu ernennen.

Sein Nachfolger Ulrich Biermann hatte diesen Vorschlag unterbreitet. Der Delegiertentag war ihm mit beeindruckender Geschlossenheit gefolgt. Auch der Geehrte ließ aufkeimende Emotionen erkennen und zeigte sich sichtlich gerührt. Es dauerte schon etwas, bis Peter Brock seine Gefühle wieder unter Kontrolle hatte. Mit seinen ganz per-

übernommenen Mandats verdient gemacht haben, dann sind sie ein Vorbild für die Nachwuchskräfte. Sie geben damit ein gutes Beispiel dafür ab, dass sich die kollektive Wahrnehmung der spezifischen Anliegen von Strafvollzugsbediensteten lohnt. Und dieses positive Beispiel fordert zum Mitmachen auf. „Nachwuchsgewinnung stellt auch für die Gewerkschaft ein Problem dar“, meinte der neue Vorsitzende, „die Verpflichtungen in Beruf und Familie sind vielschichtig und dann ist auch das Freizeitverhalten vielfältig geworden.“



Ulrich Biermann findet starke Worte, um die besonderen Verdienste des neuen Ehrenvorsitzenden Peter Brock zu beschreiben und zu würdigen.

sönlichen Regungen stellte der scheidende Vorsitzende nochmals unter Beweis, mit welcher emotionalen Bindung an den BSBD und mit welchem beeindruckenden Engagement er in den zurückliegenden acht Jahre das Amt des Vorsitzenden erfolgreich ausgeübt hatte.

Der neue Vorsitzende hatte den Tagesordnungspunkt „Ehrungen“ genutzt, um seinen Vorgänger für diese ganz besondere Auszeichnung vorzuschlagen. Zunächst hatte er ausgeführt, wie besonders wichtig ihm gerade dieser Tagesordnungspunkt sei. Kolleginnen und Kollegen, die sich ehrenamtlich für die Interessen des Vollzuges und für die eigenen Interessen engagieren, hätten ein Anrecht darauf, dass dieses Engagement zumindest bei Beendigung dieser Tätigkeit einmal öffentlich anerkannt und gewürdigt werde, führte Ulrich Biermann aus.

Wenn sich Menschen um die berufliche Fortentwicklung aller im Strafvollzug tätigen Berufsgruppen im Rahmen des

Dabei ließe sich durch einen Blick über die Landesgrenzen erkennen, wie werthaltig ein solches Engagement sein kann. Immerhin weisen die Länder im Norden unseres Kontinents die höchsten gewerkschaftlichen Organisationsgrade auf. Und gerade in diesen Ländern werden die höchsten Gehälter gezahlt. Dass diese beiden Fakten einander bedingen, darf getrost unterstellt werden.

Anschließend bat Ulrich Biermann seinen Vorgänger Peter Brock auf die Bühne. Dem folgenden Votum des Gewerkschaftstages, Peter Brock zum Ehrenvorsitzenden zu ernennen, folgte minutenlang, stehender Applaus, so dass der Geehrte überwältigt schien. Erst nach und nach konnte sich der neue Vorsitzende Gehör verschaffen.

„Lieber Peter, Du hast die *Gewerkschaft Strafvollzug* acht Jahre lang in einer vorbildlichen, kollegialen Art geführt. In der vergangenen Woche hast Du Deine letzte Urkunde aus den Händen des Ministers der Justiz erhalten. Damit



endete Deine berufliche Laufbahn als aktiver Beamter im nordrhein-westfälischen Strafvollzug. Es war zugleich der Endpunkt einer Karriere, die Du am 01.09.1982, im Alter von 25 Jahren, begonnen hattest.

Erst nach einem Jahr erfolgte Dein Eintritt in den BSBD, der fortan Deine gewerkschaftliche Heimat sein sollte. Nach langer passiver Mitgliedschaft warst Du am 18.03.1994 bereit, Verantwortung im OV Rheinbach zu übernehmen. Du wurdest zum Vorsitzenden der dortigen Untergliederung gewählt. Damit war die Basis für Deine weitere gewerkschaftliche Karriere gelegt.

Auf dem Gewerkschaftstag in Düsseldorf, wurdest Du im September 2011 zum Vorsitzenden des BSBD NRW gewählt. Zuvor hattest Du bereits das Amt eines Stellvertreters inne und warst mit den Aufgaben des Rechtsschutzbeauftragten betraut.

Neben der gewerkschaftlichen Aufgabenwahrnehmung warst Du zunächst Vorsitzender des örtlichen Personalrates in Rheinbach, Mitglied des damaligen Bezirkspersonalrates und schließlich hast Du bis zum Eintritt in den Ruhestand die Aufgaben des Vorsitzenden des Hauptpersonalrates Justizvollzug beim Ministerium der Justiz in Düsseldorf wahrgenommen.

Alle Dir übertragenen Ämter, Funktionen und Aufgaben hast Du stets unter Zurückstellung persönlicher Interessen mit der Dir eigenen kollegialen Verantwortung und Akribie wahrgenommen. Es ist Dir in Deiner Ägide gelungen, dem BSBD NRW ein neues Profil zu geben, das der Gewerkschaft Strafvollzug bei Politikern und der Administration Ansehen, Respekt und Beachtung verschafft hat.

Dabei war es egal, in welcher Funktion Du Aufgaben wahrgenommen hast. Dein Wort und Deine Person standen stets als Synonym für den BSBD NRW. Du wurdest gehört, geachtet, Dein Wort hatte Einfluss. Damit ist Dir die Rolle des verlässlichen Maklers für die Interessen der Strafvollzugsbediensteten quasi automatisch zugefallen. Dir ist es gelungen, in Deiner Amtszeit ganz wesentliche Verbesserungen für alle im Strafvollzug tätigen Berufsgruppen durchzusetzen. Beispielfähig möchte ich hier neben der deutlichen Anhebung des Dienstkleidungszuschusses für die uniformierten Kolleginnen und Kollegen, die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Strafvollzugszulage sowie deren Erhöhung auf das Niveau der Polizeizulage nennen. Allein von diesen finanziellen Anhebungen profitieren heute alle Kolleginnen und Kol-

legen. Doch auch den vollzuglichen Veränderungen hast du in dieser Zeit „Deinen Stempel“ aufgedrückt. Sowohl bei der Expertenanhörung zur Einführung des neuen Landesstrafvollzugsgesetzes wie auch im Anhörungsverfahren zum Justizdatenschutzanpassungsgesetz war Deine Sichtweise und Dein Wort von den zuständigen Gremien stets gefragt.

Innerhalb des BSBD NRW ist die von Dir forcierte „basisorientierte Gewerkschaftsarbeit“ anerkannt und unumstritten. Jeder kann sich einbringen, jede Stimme wird gehört. Diese Ausrichtung der Gewerkschaftsarbeit wird auch künftig für die Arbeit des BSBD



Sichtlich gerührt, war Peter Brock bei seinen Dankesworten um Haltung bemüht.

bestimmend sein, weil ich Bewährtes mit Sicherheit nicht über Bord werfen werde.

Unserem Dachverband, dem DBB Nordrhein-Westfalen, Beamtenbund und Tarifunion, bist Du stets ein verlässlicher Partner gewesen. Du hast mit fachlicher Kompetenz die zuvor abgestimmten gewerkschaftlichen Ziele unserer Fachgewerkschaft immer nachdrücklich vertreten. Bei den vielen Gesprächen und Verhandlungen hast Du nie die Interessen der Kolleginnen und Kollegen vor Ort in den Anstalten aus dem Blick verloren. Auch auf der Bundesebene hast Du als Vorsitzender des größten Landesverbandes stets Respekt und Anerkennung erfahren.

Die Stellung unseres Landesverbandes im Bund war Dir ein besonderes Anliegen. Dort hatten Deine Worte und Argumente Gewicht. Als einer Deiner Stellvertreter habe ich sehr eng und

vertrauensvoll mit Dir zusammenarbeiten können. Das hat mich sicherer werden lassen im Umgang mit Gremien, Vertretern der Administration und Politikern. Dafür bin ich Dir, lieber Peter, zutiefest dankbar. Wir alle haben Dich nicht nur als „Chef“ unserer *Gewerkschaft Strafvollzug* gesehen, sondern als Kollegen und Freund sehr geschätzt. Dafür, lieber Peter, möchte ich Dir im Namen unseres Landesverbandes mehr als einfach nur DANKE sagen.

Wir wollten Dir und Deiner Partnerin nicht nur einen Aufenthalt in München schenken, sondern auch den Besuch des Fußballspiels Bayern gegen Borussia Mönchengladbach.

Ich hoffe, dass Du Spaß an dem Wochenende haben wirst. Für den Sieg Deiner Borussia musst Du aber schon selber sorgen. Namens des BSBD NRW wünsche ich Dir für die Zukunft alles Gute, viel Gesundheit und ungebrochene Schaffenskraft, weil Du im BSBD noch lange nicht entbehrlich bist“, schloss Ulrich Biermann die Lobrede auf seinen Amtsvorgänger.

Nach dieser Würdigung brandete spontaner Applaus auf, der bei vielen Gefühle der Rührung auslösten.

Um zum inneren Gleichgewicht zurückkehren zu können, waren die vielen Umarmungen des neuen Ehrenvorsitzenden ein durchaus stabilisierender Faktor.

Der neue Ehrenvorsitzende des BSBD NRW wird auch künftig für die Fachgewerkschaft tätig sein und die Sachbearbeitung

des Rechtsschutzes übernehmen. Diese Aufgabe kennt er aus früherer Zeit, ist darin sehr versiert und kann seine große Fachkompetenz noch in der konkreten Arbeit für die Kolleginnen und Kollegen unter Beweis stellen.

Bei der Erwidierung stellte Peter Brock noch einmal fest, dass es ihm immer Spaß gemacht habe, dem BSBD NRW vorzustehen. Mit der Zeit sei er in diese Aufgabe, vor der er zunächst großen Respekt empfunden habe, hineingewachsen und habe nach und nach an Sicherheit gewonnen. Die Erfolge, die sich im Laufe der Zeit einstellen, hätten ihn dann auch ein Stück weit stolz gemacht, weil mit harter Arbeit doch etwas für die Kolleginnen und Kollegen erreicht und bewirkt werden könne.

Zum Abschluss rief er den Delegierten zu: „Es war mir eine Ehre, dem BSBD NRW acht Jahre lang als Vorsitzender dienen zu dürfen!“



Die Mitglieder der neuen Landesleitung des BSBD NRW erwarten die Ehrengäste vor der Veranstaltungshalle.



Wolfgang Römer übernahm erstmals das Amt des Präsidenten des Gewerkschaftstages und bekam es in dieser Eigenschaft mit pflegeleichten, disziplinierten Delegierten zu tun.